Klassenkampf

10 JAHRE

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei ... monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: ...-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.), 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 26. Juni 1931 | 11. Jahrgang Nr. 141

Kommunisten erkämpfen Arbeit und Brot!

ie mitteldeutschen Erwerbslosen erzwingen Annahme des kommunistischen Arbeitsbeschaffungsplans in Weißenfels, alle und Merseburg — Das Feuerwerk um Hoover verpufft — In fünf Tagen tritt die Verordnung des Massenhungers in Kraft — Macht mobil zum Massenkampf gegen Notverordnung!

Halle, den 25. Juni.

In Weißenfels setzten die in diesen Tagen vor dem Rathaus aufmarschierten Erwerbslosen durch, daß ihre Delegation in der Stadtverordnetenversammlung zum Wort kam. Bürgerliche und Sozialdemokraten, die sich nicht aufzulehnen wagten, hörten mit eisigem Schweigen die Anklagen des Elends an. Unter diesem Druck der Erwerbslosen wurde der lokale Arbeitsbeschaffungsplan der Kommunistischen Partei, der 7 Millionen Mark erfordert, angenommen.

Im Hallischen Stadtparlament fand der Initiativantrag der KPD auf schleunigste Inangriffnahme des Südflügels des Mittellandkanals einstimmige Annahme. Der Antrag fordert den Reichsverkehrsminister zur sofortigen Anweisung der 310 000 Mark auf, die prinzipiell von der Provinzialverwaltung für den Kanalbau zur Verfügung gestellt worden sind. In Merseburg wurde die kommunistische Vorlage von den Stadtverordneten ebenfalls angenommen.

Die notleidenden und hungernden Massen lassen sich durch das Blendwerk der Illusionen, das im Zusammenhang mit dem Hoover-Plan von der Bourgeoisie und ihrer Sozialdemokratie vor den Arbeitern, vor den werktätigen Schichten des Volks aufgebaut wird, nicht täuschen. Sie wissen, daß dieses Feuerwerk von Versprechungen bereits verpufft ist. Um so klarer ist der Weg von ihnen, der mit dem Arbeitsbeschaffungsplan der Kommunistischen Partei aufgezeigt ist. Gewiß, nur der Sozialismus kann und wird, wie das Sowjetunion vor aller Welt mit der Verwirklichung ihres gigantischen Fünfjahrplans zeigt, das Elend der Erwerbslosigkeit beseitigen. Aber die Kommunisten wollen zeigen, wie das heutige Elend der Arbeitslosen gelindert werden kann, zu einem gewissen Teil überwunden werden kann. Es ist ganz klar, daß die Brüning-Regierung unsere Arbeitsbeschaffungspläne nicht durchführen wird, weil dadurch die Profite der Großbourgeoisie geschmälert werden würden. Aber Tatsache ist es, was unser Genosse Thälmann, der Führer der Kommunistischen Partei, vor wenigen Tage in Berlin vor den Massen der Berliner Arbeiter gesagt hat:

„Aber die Massen, die Not leiden und hungern, sie werden verstehen, daß der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD keine Parteisache ist, sondern eine Sache der Millionen, eine Sache des ganzen schaffenden Volkes, für die es zu kämpfen gilt."

Ganz besonders gilt es, diese unumstößliche Tatsache unermüdlich unter den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, aber besonders der Jungarbeiterschaft, die durch die neuen Notverordnungen am schwersten betroffen wird, zu verbreiten. Innerhalb der reformistischen, christlichen und anderen Gewerkschaften muß es den Mitgliedern derselben klar werden, daß nur die Kommunistische Partei positive Politik für das Proletariat betreibt. Gerade durch diese praktische revolutionäre Massenpolitik zeigen wir der ganzen Welt, daß wir uns nicht „nur kritisieren", sondern auf Grund unserer gewaltigen revolutionären Erfolge auf einem Sechstel der Erde, wo wir regieren, allein in der Lage sind, den Weg aus Krise, Niedergang und Elend zu zeigen.

In wenigen Tagen treten die Hungernotverordnungen in Kraft. Es gilt in Stadt und Land die Kommunistische Partei in ihrem positiven Kampf für Brot, Arbeit, Boden und Freiheit zu unterstützen. Es gilt, mit den Massen des Volkes die Front der Volksaktion gegen die Durchführung der Kapitaldiktatur zu verstärken. Der Platz aller ehrlichen Freiheitskämpfer gegen ein bankrottes System kann nur in den Reihen der Kommunistischen Partei sein!

Wieder ein Streiksieg der Landarbeiter

(Eig. Meldg.) Königsberg, 25. Juni

Auf dem Gute Adl. Damerau (Ostpreußen) führten die Landarbeiter einen erfolgreichen Streik durch. Der Gutsbesitzer hatte nämlich die Löhne für längere Zeit einbehalten. In einer Belegschaftsversammlung wurde in Anwesenheit eines Vertreters des roten Landarbeiterverbandes beschlossen, vom Gutsbesitzer ultimativ die Auszahlung der rückständigen Löhne innerhalb 3 Tagen zu verlangen. Gleichzeitig wurden weitere Betriebsforderungen gestellt. Als der Gutsbesitzer die Forderungen ablehnte, fand eine neue Versammlung statt, die die Aufnahme des Streikes beschloß, der auch geschlossen durchgeführt wurde.

Am Abend des ersten Streiktages mußte der Gutsbesitzer alle Forderungen bewilligen.

Er hatte es auch plötzlich fertig gebracht, das nötige Geld zu beschaffen.

Dieser Erfolg ist eine Ermunterung für alle Landarbeiter, während der Erntezeit entschlossen die Waffe des Streiks anzuwenden, um ihre nur allzu berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Protststreik gegen Notverordnung

erliner Betriebe beschließen, Abzug der Krisenlohnsteuer mit Streik zu verhindern — Für den Arbeitsbeschaffungsplan der Kommunistischen Partei!

Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtm.)

Eine Belegschaftsversammlung der Asü-Arbeiter in Staaken nahm eine Protestresolution gegen die Brüningsche Notverordnung an, in der es am Schluß heißt:

„Die Belegschaft der Asü-Arbeiter in Staaken begrüßt den Beschluß der zentralen Kampfleitung sowie zahlreicher Betriebe, das Inkrafttreten der Notverordnung mit dem Massenstreik zu beantworten. Sie beschließt, am 1. Juli in der Zeit von 3 bis 4 Uhr nachmittags einen einstündigen Proteststreik gegen die Notverordnung, für den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD durchzuführen und sich geschlossen an den Massenversammlungen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen an diesem Tage zu beteiligen."

Aehnliche Beschlüsse liegen vor von der Belegschaftsversammlung der Firma Sternberg, Borsigwalde, die einstimmig folgende Resolution annahm:

„... Sie erklärt sich solidarisch mit dem Kampf der Kommunistischen Partei gegen Notverordnung und Massenelend und beschließt, aus Protest gegen die Notverordnung einen halbstündigen Protststreik durchzuführen. Ferner erklärten alle Anwesenden, durch verstärkte Werbung für die Kommunistische Partei und der restlosen Organisierung bei dem Roten Einheitsverband aller Metallarbeiter die Kampffront der Arbeiterklasse zu festigen und zu verstärken."

Ferner nahm die Betriebsversammlung der Firma Bergmann, Rosental, einstimmig eine Resolution an, in der sie gegen die Notverordnung protestiert und erklärt, jeden Pfennig Lohnabbau mit dem Streik zu beantworten.

Eine Betriebsrätekonferenz des Unterbezirks Nord, auf der die Betriebsräte und Funktionäre von 26 Betrieben vertreten waren, nahm eine Resolution gegen Notverordnung, Hoover-Plan und SPD-Verrat an, in der es heißt:

„Die Versammelten beschließen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den Lohnraub durch Streik zu verhindern. Sie fordern alle Belegschaften der Berliner Betriebe auf, bis zum 1. Juli und darüber hinaus, gegen die Massensteuern, Lohnraub und Notverordnung in den Betrieben Protststreiks durchzuführen. Die Versammelten fordern deshalb alle Belegschaften auf, jetzt unverzüglich alle Kampfvorbereitungen zu treffen, in allen Abteilungs- und Betriebsversammlungen sofort Kampfleitungen zu wählen, die im Auftrage der Belegschaft dem Unternehmer zur Kenntnis bringen, daß die Belegschaft nicht gewillt ist, sich die Krisensteuer vom Lohn abziehen zu lassen. Sollten die Unternehmer das wagen, so wird der Abzug mit Streik beantwortet."

Schwächen an einer wichtigen Front

Die Rote Gewerkschafts-Internationale hat an die deutsche RGO einen Brief geschrieben, dessen Inhalt von allergrößter Bedeutung für die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft ist. Wir nehmen darum Gelegenheit, diesen Brief im Wortlaut unseren Lesern bekanntzumachen. Was bezwecken wir mit dem Abdruck dieses Schreibens, in dem sehr energisch der Mangel der Arbeit der RGO-Mitglieder auf der innergewerkschaftlichen Front getadelt wird, und in dem gesagt wird, daß „dieser Zustand keinen Augenblick länger mehr geduldet werden darf". Wir wollen, daß jeder mit der revolutionären Bewegung sympathisierende Arbeiter hört, daß unsere bisherige Arbeit, so große Erfolge sie auch im allgemeinen gebracht hat, an einer wichtigen Stelle schlecht und fehlerhaft ist. Die Kommunisten können nicht dulden, daß ein solcher Zustand in der revolutionären Bewegung bestehen bleibt. Darüber hinaus sollen aber auch jene oppositionellen Arbeiter, die noch bei der Sozialdemokratie oder bei den Christen organisiert sind, kennenlernen, daß wir keine Hindernisse für die Entwicklung der revolutionären Bewegung dulden.

Das ist um so notwendiger, als gerade gegenwärtig Millionen Arbeiter und Angestellte in Opposition geraten gegen die ungeheuerliche Notverordnungspolitik der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer. Diese Millionen Arbeiter wollen gegen die arbeiterschädliche Politik ihrer Führer ankämpfen. Aber viele oppositionelle sozialdemokratische Arbeiter sind noch des Glaubens, daß an der Spaltung der Gewerkschaften und an der Bildung von roten selbständigen Verbänden nicht die reformistischen Verräter in den Instanzen der Verbände schuldig seien, sondern die RGO. Es wäre gedankenlos, wollten wir nur feststellen, daß sich diese Arbeiter dabei in einem großen Irrtum befinden, daß sie das Opfer des Betruges der reformistischen Gewerkschaftsspalter sind. Wir müssen vielmehr erkennen, daß dieser Irrtum durch unsere mangelhafte Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften nicht schnell und gründlich zerstört wird. Die Mauer des Unverständnisses breiter oppositioneller Arbeiterschichten gegenüber unserer revolutionären Gewerkschaftspolitik muß aber niedergerissen werden, damit wirklich zwischen ihnen und uns die revolutionäre Einheitsfront zum Kampf gegen den Kapitalismus möglich wird.

Aus all dem geht schon hervor, daß der RGI-Brief nicht eine falsche Linie in unserer Gewerkschaftsarbeit korrigieren will, also einen Kurswechsel einleitet, sondern daß er die richtigere und bessere Durchführung der beschlossenen richtigen Linie von uns fordert. Was die Gnomen aus dem Brandlerlager in den Brief der RGI hineingeheimnissen oder was die Bönzlein aus dem ADGB von einer „neuen Schwenkung auf Moskaus Befehl" schwindeln, läßt uns kalt, weil es für die Entwicklung der revolutionären Bewegung ganz bedeutungslos ist. Schon die Tatsache allein, daß die Reichs-

Kommunistische Jugend stürmt vorwärts!

Ueberall gelingt es unserem Kommunistischen Jugendverband, tief in die Reihen des Gegners vorzustoßen. Im Bezirk Halle-Merseburg sind innerhalb der letzten drei Wochen folgende Uebertritte aus dem gegnerischen Lager zu verzeichnen:

Von der sozialdemokratischen Arbeiterjugend traten in den Kommunistischen Jugendverband ein in Nordhausen sechs, in Merseburg drei und in Weißenfels zwei Mitglieder. Weitere Uebertritte in Nordhausen und Sangerhausen stehen bevor.

Aus der Hitlerjugend kamen zu uns in Halle drei, und im Saalkreis zwei Genossen. In Halle kamen ferner zwei Mitglieder der Stennes-Jugend, zwei vom Wertvoll, zwei vom Jungstahlhelm und einer von der Scharnhorstjugend zum KJVD.

In Helbra trat die SUJ an unseren Jugendverband mit der Aufforderung heran, einen gemeinsamen Diskussionsabend zu veranstalten. Der siegreiche Vormarsch unseres Jugendverbandes hält also ununterbrochen an. Die jugendlichen Arbeiter begreifen in immer größerem Maße, daß ihr Platz nur in den Reihen der revolutionären Jugend sein kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310626-11/fragment/page=0001

konferenz der RGO am 20. und 21. Juni einstimmig und mit größtem Ernst beschloß, den Brief der RGI der breitesten Oeffentlichkeit zu unterbreiten, zeugt dafür, daß die RGO in ihrer Gesamtheit den RGI-Brief als das nimmt, was er ist, als den ernsten und kameradschaftlichen Anstoß, einen Mangel bei uns zu beseitigen. Wie wenig der Brief der RGI in einem Gegensatz zu den Beschlüssen des 5. RGI-Kongresses über die Schaffung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland steht, im Gegenteil, mit ihnen übereinstimmt, das beweisen folgende Sätze aus den Beschlüssen des 5. RGI-Kongresses:

„Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands auf Streichung der Parole: „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften!", wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austritts der Anhänger der RGI aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist..."

Jeder kann aus diesen Sätzen ersehen, daß gerade die stärkste innergewerkschaftliche Arbeit ein untrennbarer Bestandteil der „neuen Linie" ist. Die RGO ist das organisatorische Zentrum der sich entwickelnden selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Sie denkt gar nicht daran, den Versuch zu unternehmen, auf mechanische Weise, sozusagen eine Konkurrenz- oder Nebenorganisation zum ADGB zu bilden. Ihre Aufgabe ist es, alle Arbeiter zum Klassenkampf unter ihrer Führung zu vereinigen.

Die RGO besteht aus drei Teilen von revolutionären Arbeitern, solchen, die Mitglieder in den reaktionären Verbänden sind, solchen, die schon in selbständigen Verbänden vereinigt sind, und drittens aus gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern, die die Plattform der RGI angenommen haben und gewillt sind, sich einer einheitlichen revolutionären Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Die RGO vereinigt alle diese Kräfte zum Zwecke der selbständigen Organisierung und revolutionären Führung der Wirtschaftskämpfe. Die RGO kann gar nicht verzichten auf die Arbeitermassen in den reaktionären Verbänden, weil diese mit zu der Mehrheit der entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse gehören, die erobert werden müssen, um die Voraussetzungen zur Ueberwindung des Reformismus und des Sieges über den Klassenfeind zu gewinnen.

Darüber hinaus haben aber alle von der RGO bisher ausgelösten und geführten Kämpfe gezeigt, daß es unumgänglich notwendig ist, die reformistisch organisierten Arbeiter dem ideologischen Einfluß und der organisatorischen Gefolgschaft der reaktionären Verbände zu entreißen. Nur dadurch wird das organisierte Streikbrechertum zunichte gemacht und die Siegeschancen für die Arbeiterklasse erhöht. Unsere Gegner können versichert sein, daß es für uns nur dieser ernsten Mahnung der RGI bedurfte, um den Mangel in unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit gründlich zu korrigieren.

Hier handelt es sich nicht um die Anweisung einer neuen Linie.

Schon auf dem Märzplenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale sagte Genosse Ernst Thälmann:

„Die Entwicklung der RGO, unser Kurs auf die Bildung neuer Verbände und vor allem unser energischer Kurs auf die Durchführung von Streiks ist auf das engste verbunden mit der dauernden, systematischen Vertiefung unserer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften. Hier sind in der Oppositionsarbeit unverzeihliche Schwächen eingetreten."

Diese Zitate zeigen wohl mit genügender Deutlichkeit, wie falsch es wäre, der gesamten Arbeit der RGO, der Herausbildung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland die Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften gegenüberzustellen. Die Arbeit für die RGO und die Arbeit innerhalb der reformistischen Verbände, ja das systematische Eindringen in die christlichen und nationalen Organisationen, um in ihnen revolutionäre Massenerziehungsarbeit zu leisten, sind Glieder ein und derselben Kette. Es handelt sich nicht um einen Kurswechsel, sondern um eine gewissenhaftere und energischere Durchführung der Linie des 5. RGI-Kongresses.

Bei der gegenwärtigen Lage, wo die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer die Brüningsche Diktaturpolitik gegen das arbeitende Volk völlig unterstützen, sind die besten Voraussetzungen für die Mobilisierung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die revolutionäre Politik gegeben. Diese Aufgabe werden die Kommunisten und RGO-Anhänger gemeinsam innerhalb der Gewerkschaften erfüllen.

Entlarvte SPD-Betrüger

Hurra! Die SPD hat in ihrem „Kampf" für die „Verbesserung" der Notverordnung einen „ersten Erfolg" errungen. So jedenfalls verkündet es an auffälliger Stelle die Presse der Brüning-Sozialisten: Die jugendlichen Erwerbslosen bleiben in der Versicherung. Die Gefahr, daß sie (bis zu 21 Jahren) keinerlei Anspruch an die Arbeitslosenversicherung mehr hätten, sei von der Sozialdemokratie in den Verhandlungen mit Brüning abgewehrt worden.

Soviel Worte, soviel Unwahrheiten. Man vergleiche nur mit den Ausführungen des „Vorwärts", was das „Berliner Tageblatt" dazu schreibt:

„Vorwärts"	„Berliner Tageblatt":
„Die jugendlichen Arbeiter bis zu 21 Jahren bleiben in der Arbeitslosenversicherung. Bei Erwerbslosigkeit erhalten sie Unterstützungen in der Höhe der Sätze der Arbeitslosenversicherung. Es wird lediglich (!) die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt, die nach den Bestimmungen der Krisenfürsorge erfolgt und ohne Schärfe gehandhabt werden soll."	**„Es handelt sich um die Bestimmung, wonach die Unterstützung der Jugendlichen unter 21 Jahren nur im Falle des Nachweises ihrer Bedürftigkeit erfolgen soll und wonach Bedürftigkeit nicht angenommen wird, wenn unterstützungspflichtige Angehörige vorhanden sind. Die Anweisung soll eine gleichmäßige und weitherzige Auslegung (!) dieser Vorschriften anbahnen."**

Wir fragen: Was ist denn nun eigentlich an der Notverordnung geändert worden? Rein gar nichts, denn es bleibt die Bedürftigkeitsprüfung und damit das, was die Notverordnung enthält, wonach jugendliche Erwerbslose unter 21 Jahren „nur Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltungsanspruch zusteht." Der ganze „Erfolg" der SPD beschränkt sich auf das Versprechen Brünings, die Bedürftigkeitsprüfung „ohne Schärfe" zu handhaben und für eine „gleichmäßige und weitherzige Auslegung" zu sorgen.

Die jugendlichen Erwerbslosen werden auf diesen vorgetäuschten „Erfolg" der Brüning-Sozialisten mit einem Hohngelächter antworten.

Das ZK der KPD zum Wahlsieg der bulgarischen Bruderpartei

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens.

In dem grandiosen Wahlsieg der Kommunistischen Partei Bulgariens sendet das Zentralkomitee der KPD heiße revolutionäre Kampfesgrüße. Der Sieg der bulgarischen Kommunisten ist ein Signal des revolutionären Aufschwungs auf dem Balkan und erfüllt die Herzen des internationalen Proletariats mit Stolz und Begeisterung. Euer Sieg ist zugleich der Beweis, daß kein Terror, keine Verfolgungen und Unterdrückungen, kein Verbot der kommunistischen Bewegung den Siegeszug des revolutionären Proletariats, den geschichtlichen Aufstieg der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten werktätigen Massen vereiteln kann. Euer Sieg ist

eine Warnung auch für die deutsche Bourgeoisie, die sich der trügerischen Hoffnung hingibt, mit den brutalen Methoden der politischen Reaktion und des Faschismus den Aufstieg der KPD aufzuhalten. Euer Sieg ist ein weithin sichtbares Wahrzeichen der internationalen Krise des Faschismus.

In brüderlicher Solidarität mit dem heldenhaften Freiheitskampf der bulgarischen Arbeiter und Bauern, die heroische Opfer gebracht und gewaltige Heldentaten des revolutionären Klassenkampfes vollbracht haben, beantwortet die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands euren Sieg mit dem Gelöbnis, auch ihrerseits mit der gleichen Kühnheit und Entschlossenheit vorwärts zu marschieren, die euch in euren Kämpfen beseelte.

Es lebe die Kommunistische Partei Bulgariens!
Es lebe die Kommunistische Internationale!
Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

SPD-Zerfall in der Pfalz

Stürmische Uebertrittsbewegung sozialdemokratischer Arbeiter zur Kommunistischen Partei — SPD-Landtagskandidat Kaiser kommt zur Partei Lenins — Ueberall wächst die Empörung gegen den Brüningkurs der Weis und Breitscheid

Mannheim, 26. Juni. (Eig. Drahtm.)

Der Zerfall der SPD in der Pfalz entwickelt sich in schnellem Tempo. In der Westpfalz haben sich in der letzten Zeit mehr als die Hälfte der SPD-Ortsgruppen aufgelöst.

In einer Generalversammlung der SPD-Ortsgruppe in Weidenthal, in der die zur KPD übergetretene frühere Stadtverordnete Genossin Jacobshagen sprechen sollte, war überfüllt. Der Bezirksvorstand kam gleich mit drei Mann anmarschiert, die verlangten, daß die Genossin Jacobshagen die Versammlung verläßt.

Darauf erklärten die Mitglieder, daß sie dann auch das Referat des Bezirksvorstandes nicht anhören werden. Unter dem Druck der Mitglieder gestand man der Genossin Jacobshagen ein Referat mit unbeschränkter Redezeit zu. Nach dem Referat und der anschließenden Diskussion erklärten sämtliche Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe ihren Austritt aus der SPD. Der Vorsitzende erklärte mit weiteren 15 SPD-Arbeitern, daß er seinen Uebertritt zur Kommunistischen Partei vollziehen werde.

SPD-Ortsgruppe beschließt Beitragssperre

(Eig. Drahtm.) Frankfurt (Main), 26. Juni

Eine SPD-Mitgliederversammlung in Höchst, im Odenwald, beschloß einstimmig, (nur der Vorsitzende, ein Angestellter des Arbeitsnachweises, stimmte dagegen), auf Grund der Ergebnisse des Leipziger Parteitages und der Zustimmung der SPD zur Notverordnung, die sofortige Beitragssperre an die Bezirksleitung durchzuführen.

In einer darauf am selben Ort abgehaltenen öffentlichen KPD-Versammlung erklärten 30 SPD-Arbeiter ihren Uebertritt zur Kommunistischen Partei. Der Rest der SPD-Ortsgruppe wird sicherlich folgen, so daß die SPD in diesem Orte zu bestehen aufgehört hat.

Seit dem 1. Mai. sind im Bezirk Hessen-Frankfurt über 100 SPD-Mitglieder zur KPD übergetreten.

Immer stärker wird der Sturm in der Sozialdemokratischen Partei. Die bedingungslose Kapitulation der SPD-Reichstagsfraktion vor Brüning und seiner Hungersnotverordnung löst in der gesamten Sozialdemokratischen Partei die heftigsten Diskussionen aus. Selbst für die geschicktesten „Linken" besteht kaum noch eine Möglichkeit, die rebellierenden sozialdemokratischen Arbeiter bei der Stange zu halten.

Es darf aber bei der Empörung allein nicht bleiben. Mit Protestresolutionen kann man noch keinen Kampf führen. Für den klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter steht jetzt die Frage zu handeln. Und handeln heißt, dem Beispiel seiner Genossen in der Pfalz, in München, in Frankfurt und den übrigen Teilen des Reiches zu folgen, jetzt den Schritt zur Kommunistischen Partei tun.

SPD- und Reichsbannerfunktionäre verlassen die Weispartei

München, 26. Juni. (Eig. Drahtm.)

Nachdem der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Kaiser, Planegg, zur KPD übergetreten ist, folgte ihm jetzt der langjährige SPD-Funktionär Hans Sebald, München. Gleichzeitig ist der bisherige Reichsbannerarbeiter Josef Bichler aus Ottobrunnen aus der SPD und dem Reichsbanner ausgetreten und Mitglied der KPD geworden.

Die „Kämpferin" erneut verboten

SPD-Grzesinski verbietet das Organ der werktätigen Frauen auf zwei Monate

(Eig. Drahtm.) Berlin, 26. Juni

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski hat die „Kämpferin", das Organ der werktätigen Frauen, das erst kürzlich verboten war, nach dem Erscheinen der ersten Nummer erneut auf zwei Monate verboten.

War es bei dem kürzlichen Verbot ein Artikel, der sich gegen den Papst und die Kirche wandte, so ist es diesmal ein Artikel gegen die neue Hungersnotverordnung, den Grzesinski zum Anlaß für das Verbot nimmt.

Verbote ohne Gründe

Der preußische Polizeiterror gegen die KPD-Presse

Die kommunistische Düsseldorfer „Freiheit" wurde wegen eines Artikels verboten, der im lokalen Teil zum Besuch Brünings in Düsseldorf erschienen ist. Mit der „Freiheit" wurden aber auch eine ganze Reihe von Kopfzeitungen des Bezirks Niederrhein verboten, in denen der betreffende Artikel gar nicht erschienen ist. Diese Tatsache zeigt, daß es der Severing-Polizei gar nicht auf die angegebenen Gründe ankommt, sondern daß sie die kommunistische Presse eben rücksichtslos unterdrückt, um der Arbeiterschaft ihre Kampforgane zu rauben.

Neuer Anschlag gegen die Spartakiade

Keine Einreiseerlaubnis für die roten Sportler der Sowjetunion und der anderen Länder.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 26. Juni

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, hat das Auswärtige Amt alle deutschen Paßstellen angewiesen, den Arbeitersportlern aus der Sowjetunion und den anderen Ländern keine Visen zur Einreise nach Deutschland zu erteilen.

Der „Vorwärts" freut sich gestern abend aus Konkurrenzgründen im Auftrage der reformistischen Sportbürokratie über die Verweigerung der Einreiseerlaubnis. Ein seiner „Internationalismus" der Sozialfaschisten!

Fünffache Bürgersteuer in Leipzig

(Eig. Meldg.) Leipzig, 25. Juni.

In der am Mittwoch stattgefundenen Leipziger Stadtverordnetenversammlung kündigte der Oberbürgermeister Goerdeler neue unerhörte Massenbelastungen an. 500 Prozent Bürgersteuer und 2½ Millionen Mark Lohn- und Gehaltsraub an den Leipziger Angestellten, Beamten und Gemeindearbeitern ist das Programm des reaktionären Rates der Stadt Leipzig.

Die Sozialdemokratie entlarvte sich wieder als die offene Verbündete der Brüning-Regierung zur Durchführung der Hungersnot-Verordnung. Gemeinsam mit den Fraktionen der bürgerlichen Parteien stimmten sie von den 13 Anträgen der KPD-Stadtverordnetenfraktion, die sich alle gegen die Durchführung der Hungersnotverordnung richteten, sechs nieder.

Als Vertreter der Kommunistischen Partei hielt Genosse Fritz Dalecke eine wuchtige Anklagerede. Erwerbslose, die von der Tribüne ihren Protest gegen die Hungersnot-Verordnung zum Ausdruck brachten, wurden gewaltsam durch die Ratspolizei entfernt.

DMV-Verrat beim Metallarbeiterstreik in Diemitz

Halle, den 26. Juni.

Die Bongektratie der Reformisten und Christen gibt sich verzweifelte Mühe, den Streik der Metallarbeiter bei der Firma Spaaß abzuwürgen. Obwohl die Situation zur Durchsetzung der Forderungen immer noch äußerst günstig steht, hat gestern der DMV-Bonze Drescher der Belegschaft den Vorschlag gemacht, gruppenweise wieder in den Betrieb zu gehen. Aber noch führt Drescher nicht den Streik, noch stehen die oppositionellen Metallarbeiter hinter der RGO.

Die streikende Belegschaft appelliert an alle Metallarbeiter, ihren Kampf zu unterstützen. Denn es ist ein Kampf, bei dem es auch um das Brot der Erwerbslosen geht. Mehr wie bisher müssen die Streikposten verstärkt werden, damit auch der neue Versuch des reformistischen Streikbruchs verhindert wird. Keinen Pfennig Lohnabbau, keine Maßregelung! Für diese Hauptforderungen gilt es den Kampf siegreich zu beenden!

„Wochenende ohne Politik"

So überschreibt der „Vorwärts" zustimmend die Meldung, wonach der Regierungspräsident von Köln für die Ausflugs- und Kurorte der Bourgeoisie jegliche politische Veranstaltung verboten hat. Das Stampferblatt ist bereits so verbürgerlicht, daß es ihm gar nicht in den Sinn kommt, hierin eine ausgesprochene arbeiterfeindliche Maßnahme zu erblicken. Die Kurorte am Wochenende der Bourgeoisie, so hätte der „Vorwärts" seine Meldung überschreiben müssen, wenn er ganz unmißverständlich machen wollte, daß er ein reaktionäres Blatt ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310626-11/fragment/page=0002

Brünings Bündnisangebot an Frankreich

Die Hintergründe der Hooveraktion

Die „Rote Fahne" schreibt über die Hintergründe der Hoover-Aktion und die Bedeutung der Rundfunkrede Brünings:

Die Rede Brünings ist ein Dokument von internationaler politischer Bedeutung. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt, daß man sie „an Wichtigkeit sehr wohl mit einer Regierungserklärung im Parlament gleichstellen kann". In der Tat enthält die Rede Brünings ein ganzes Programm der Innen- und Außenpolitik. Die innerpolitischen Perspektiven, die Brüning dem deutschen werktätigen Volke vorsetzt, übertreffen alle bisherigen amtlichen Äußerungen an Offenheit und Pessimismus. Das Jahr 1932 wird — so erklärt Brüning — an Not und Elend die Gegenwart weit in den Schatten stellen. Auch die Einstellung der Reparationszahlungen auf ein Jahr kann an dieser Entwicklung nichts ändern. Die Regierung ist entschlossen, an ihren „harten Maßnahmen", d. h. an der Notverordnung und dem, was noch kommt, unerbittlich festzuhalten.

Von noch größerer Bedeutung als die innerpolitischen Ausführungen Brünings ist der außenpolitische Teil seiner Rede. Hier werden zum ersten Male von amtlicher Stelle die politischen Hintergründe, der große weltpolitische Rahmen der Hooveraktion aufgedeckt. Der amerikanische Imperialismus erstrebt die unbestrittene Vormachtstellung in der kapitalistischen Weltpolitik. Sein — historisch gesehen — einziger und gefährlichster Gegner ist die Sowjetunion. Daher ist Amerika auf dem Wege, die Führung der internationalen Front gegen die Sowjetunion an sich reißen. Der Hooverplan ist ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles.

Die Enthüllungen des „Daily Expreß", über Amerikas Bedingungen zeigen, daß Amerika an die Ankurbelung der Hooveraktion sowohl gegenüber England wie auch gegenüber Deutschland konkrete Bedingungen geknüpft hat. Die Hauptbedingung ist die Teilnahme dieser Länder an dem von Amerika geplanten internationalen Wirtschaftsboykott gegen die Sowjetunion.

Die Rede Brünings zeigt, daß die deutsche Bourgeoisie bereit ist, die amerikanischen Bedingungen um den Preis des Moratoriums zu erfüllen. In dieser Rede kündigt sich eine neue Wendung der deutschen Außenpolitik an. Das kapitalistische Deutschland wendet sich mit einer feierlichen Erklärung an den „Feind" von gestern, den französischen Imperialismus, und bietet ihm ein Bündnis an. Das Schwergewicht der deutschen Außenpolitik beginnt sich eindeutig nach dem Westen zu verschieben. Unter dem Patronat Amerikas, das mit der Hooveraktion einen mächtigen Druck auf Frankreich ausübt, vollzieht sich auf der Grundlage desselben Hooverplanes und auf Kosten der Sowjetunion die seit vielen Jahren vergebens erstrebte deutsch-französische Annäherung.

Die Hooveraktion entpuppt sich als ein Werkzeug zum Zusammenschluß der internationalen Konterrevolution gegen die Sowjetunion unter der Führung Amerikas, und das kapitalistische Deutschland soll das „Bollwerk der Ruhe und Ordnung" auf dem europäischen Abschnitt der Antisowjetfront sein!

Brünings Regierungsorgan, die „Germania", läßt keinen Zweifel über den politischen Sinn der Brüningrede. Sie schreibt unter anderem:

„Es liegt bei Frankreich, nicht nur den Weg freizugeben zur Lösung eines wirtschaftlichen Problems, sondern auch den Radikalismus die Waffen aus der Hand zu schlagen, die im geheimen auf dem Boden der wirtschaftlichen Not für eine Umwälzung aller Dinge vorbereitet werden. Frankreich hat damit auch eine kulturelle Entscheidung zu treffen; denn mit dem Bolschewismus würde auch die Kultur des europäischen Abendlandes ihrer Vernichtung zugeführt. So ernst ist die Stunde!"

Das „Berliner Tageblatt" bestätigte ebenfalls diese Auffassung. Dort schreibt Günther Stein in warnendem Ton:

„Das Ziel ist Zusammenarbeit. (Aber setzen wir hinzu: auch dieses Ziel liegt in einer falschen, in einer gefährlichen Richtung, wenn die Gemeinsamkeit gegen dritte gerichtet ist, wenn hinter dem Bollwerk des einen Landes die Kanonen des anderen aufgestellt werden.)"

Frankreich besteht auf den Youngtributen

Briands Gegenvorschlag — Deutschland soll 612 Millionen zahlen

Paris, 25. Juni. Die französische Antwort auf den Hoovervorschlag wurde gestern der amerikanischen Regierung übermittelt. Das Dokument wird vorläufig geheimgehalten. Es soll erst am Freitag veröffentlicht werden.

Die französische Regierung „begrüßt" darin zunächst den amerikanischen Schritt und erklärt ihr grundsätzliches Einverständnis mit allen Maßnahmen, die gegen die Krise getroffen werden. Darauf verweist die französische Antwort auf die eigene Finanz- und Haushaltlage, die im Laufe des letzten Jahres schwieriger geworden sei und die Regierung verpflichte, die ihr vorgeschlagenen Maßnahmen genauestens zu prüfen.

Vom Rechtsstandpunkt aus sei es der französischen Regierung unmöglich, auf den Youngplan zu verzichten, der feierlichst unterzeichnet worden sei und wonach die Reparationen eine „geheiligte Schuld" darstellten. Eine Aufhebung der ungeschützten Zahlungen würde eine erste Verfehlung gegenüber dem Youngplan bedeuten und für die Zukunft gefährliche Nachwirkungen haben können.

Um dem Unternehmen des amerikanischen Staatspräsidenten die Hilfe „im Rahmen des Möglichen" jedoch nicht zu versagen, schlägt die französische Regierung ein Kompromiß vor, das zugleich die Aufrechterhaltung des Youngplans und eine Unterstützung Deutschlands bedeute. Dieser Kompromißvorschlag geht dahin, daß Deutschland in diesem Jahre wie in allen anderen Jahren den **ungeschützten Teil der Reparationen in Höhe von 612 Millionen Mark** abliefert. Zum Unterschied von anderen Jahren soll diese Zahlung jedoch nicht in Auslandsdevisen, sondern in Reichsmark erfolgen und außerdem an die BIZ. abgeliefert werden. Der Frankreich zustehende Teil soll von der BIZ. auf das Konto Frankreichs eingetragen werden, so daß die Form vollkommen gewahrt bleibt. Die französische Regierung ermächtigt die BIZ. jedoch zu gleicher Zeit, diese Summe der Reich in Form einer Anleihe zur Verfügung zu stellen.

*

Die belgische Regierung hat sich der französischen Stellungnahme angeschlossen.

Italien macht ebenfalls Vorbehalte.

Halbamtliche Aeußerungen aus Amerika lassen bereits jetzt erkennen, daß Hoover den französischen Gegenvorschlag ablehnen wird.

Durch die Haltung Frankreichs, Belgiens und Italiens sind ernste Schwierigkeiten aufgetaucht. Französische Pressestimmen deuten an, daß Frankreich eventuell gegen politische Zugeständnisse zu einem Nachgeben bereit sei. Die Zeitung „Paris Midi" fordert eine entschiedene Kursänderung der deutschen Außenpolitik in der Richtung nach Westen. Andere Blätter verlangen wirtschaftliche Pfänder (Beschlagnahme der Einnahmen aus der Reichspost oder der wichtigsten Werke der deutschen Schwerindustrie) als Garantie für die Wiederaufnahme der Youngzahlungen nach Ablauf des Moratoriums.

Verfolgungsfeldzug gegen die KP. Rumäniens

der Arbeitermandate bestätigt — „Besondere Maßnahmen" gegen Kommunistenpropaganda

Bukarest, 25. Juni. Das rumänische Innenministerium hat nunmehr die Annullierung der fünf kommunistischen Mandate bestätigt. In der offiziellen Mitteilung über diese Beratung heißt es, daß in dieser Beratung auch „alle Maßnahmen zur Unterdrückung der kommunistischen Propaganda beschlossen wurden". Danach wird sich in den nächsten Wochen der Terror gegen die rumänische revolutionäre Arbeiterschaft vervielfachen.

Wie immer geben die Sozialfaschistische Partei und ihre Presse das Stichwort dazu. Ihr „linkes" Organ, der „Vorwärts" (Czernowitz), schrieb am 20. Juni in einem Artikel, der versuchte, die Erregung der Massen über den Raub der Arbeitermandate aufzufangen, folgendes:

„... Wir sind gewiß nicht die Verteidiger des Kommunismus. Niemand kennt die Verlogenheit und Schädlingsarbeit der Kommunisten besser als wir . . . Insbesondere wissen wir, daß die rumänischen Kommunisten überhaupt keine eigenen politischen oder wirtschaftlichen Parolen haben, da sie ja nur blinde Werkzeuge Moskaus sind, die ohne . . . Kenntnis (der tatsächlichen Verhältnisse) die Befehle der Komintern befolgen . . ."

Wir sind gewiß, daß die Kommunistische Partei Rumäniens, deren kürzlicher Wahlsieg ihren sieghaften Kampf um die Gewinnung der Arbeiterbevölkerung für den Kommunismus dokumentierte, auch trotz der neuen Verfolgungskampagne weitere Erfolge davontragen wird.

Berliner Vertrag verlängert

Moskau, 25. Juni. Der stellvertretende Außenkommissar Genosse Krestinski, und der deutsche Botschafter in Moskau, von Dirksen, haben das Protokoll über die Verlängerung des am 24. April 1926 in Berlin abgeschlossenen Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion unterzeichnet.

Im Protokoll sprechen beide Regierungen die Absicht aus, durch Verlängerung des Vertrages die zwischen der Sowjetunion und Deutschland bestehenden freundschaftlichen Beziehungen fortzusetzen, deren weitere Entwicklung den Interessen beider Länder entsprechen. Sie wollen die gegenseitige Zusammenarbeit fördern und gleichzeitig zur Festigung des Weltfriedens beitragen. Der Vertrag kann mit einjähriger Kündigungsfrist gelöst werden, jedoch nicht vor dem 30. Juni 1933. Wenn keine Kündigung erfolgt, bleibt der Vertrag automatisch weiter in Kraft. Das Protokoll bedarf noch der Ratifizierung.

Neue große Sowjetaufträge

Bereits für 150 Millionen Mark Sowjetbestellungen perfekt

Die Vergebung einer Reihe von größeren Sowjetaufträgen an die deutsche Industrie im Rahmen des Abkommens vom 14. April d. J. hatte sich verzögert, da die deutschen Lieferfirmen bezüglich der Kreditfristen bei diesen Aufträgen Schwierigkeiten machten. Es handelte sich dabei um Bestellungen von Lokomobilen, Industrielokomotiven, Dieselmotoren, Kränen, Waggonuntergestellen, Lastautos usw. Verliner bürgerlichen Blättermeldungen zufolge haben erneute Verhandlungen zu einer Vereinbarung geführt, wonach die Kreditfristen — je nach den Auftragsobjekten — in 21, 24 und 28,8 Monaten festgesetzt wurden.

Nach dem letzten Stande der Auftragsvergebung der Sowjetunion sind bereits für **rund 150 Millionen Mark Sowjetbestellungen perfekt geworden.**

EÇA DE QUEIROZ — Das Verbrechen des Paters Amaro

Copyright Neuer Deutscher Verlag a Berlin W 8.

12. Fortsetzung

Zwei Tage lang irrte sie zerzaust und weinend durch die Zimmer. Donna Maria da Assumpcao und die Damen Ganfoso kamen, um sie zu beruhigen und ihren Schmerz zu mildern. Es war gegen Anfang September. Senhora Donna Maria da Assumpcao, die ein Haus am Strande von Vieira hatte, schlug vor, Amelia und Senhora Joanneira mit in den Badeort zu nehmen. Dort werde sie ihren Schmerz in der gesunden Luft — und vielleicht schon durch den Ortswechsel — vergessen!

„Du gönnst mir ein Almosen!" klagte Senhora Joanneira. „Hier muß ich immer daran denken, wo er ging, wohin er seinen Schirm stellte — — Hierher setzte er sich, um mir beim Nähen zuzuschauen — —"

„Schon gut — schon gut — — Laß das Weinen! — Iß und trink und nimm deine Bäder — — Schließlich mußt du bedenken, daß er schon seine siebzig Jahre hinter sich hatte!"

„Oh, meine Liebe! Wahre Freundschaft muß auch über das Grab hinaus reichen ..."

Damals war Amelia fünfzehn Jahre alt. Aber schon hatte sie eine große Gestalt und hübsche Formen. Für sie bedeutete die Reise nach Vieira nur Heiterkeit. Sie hatte das Meer noch nie gesehen. Deshalb wurde sie nicht müde, am Strand zu sitzen. Das ungeheure, blaue, ruhige Wasser, von Sonnenlicht überflutet, begeisterte sie. Manchmal glitt fern am Horizont der zarte Rauch eines Dampfschiffes vorbei. Der einförmige, rauschende Rhythmus der Brandung schläferte sie ein. Ringsum dehnte die funkenstrahlende Landschaft den tiefblauen Sommerhimmel bis zum ganz fernen Horizonte. —

Wie lebhaft entfann sie sich dieser Zeit!

Früh schon am Morgen war sie auf den Beinen. Das war die Badestunde. Die Leinwandzelte standen den Strand entlang in einer Reihe. Damen saßen auf Holzstühlchen mit offenen Sonnenschirmen. Sie schauten auf das Meer und plauderten. Herren lagen in weißen Schuhen auf Binsenmatten, rauchten Zigaretten und zeichneten Figuren in den Sand.

Wenn Amelia ihr Badezelt verließ, trug sie einen blauen Flanellanzug und hatte ihr Handtuch über den Arm geschlagen. Sie zitterte vor Kälte und leichter Wasserscheu. Insgeheim hatte sie sich immer vor innerer Bewegung bekreuzigt. Während sie über den Sand lief, hielt sie ihre Hand am Badeanzug fest. Bevor sie ins Wasser ging, sog sie tiefatmend den frischen Seegeruch ein. Schäumend rollte die Brandung ihr entgegen — sie tauchte hinein und war beim Wiederauftauchen erschreckt und nervös. Dann spie sie das Salzwasser aus. Aber wie glücklich fühlte sie sich, wenn sie aus dem Meer kam! Sie keuchte, das Badelaken lag ihr auf dem Kopf, und sie schleppte sich unter dem Gewicht des durchnäßten Badeanzuges in ihr Zelt. Dabei lachte sie unter der angenehmen, frischen Wirkung des Bades.

Donna Maria da Assumpcao hatte gleich bei ihrer Ankunft den Besuch eines jungen Verwandten bekommen. Er hieß Agostinho Brito und besuchte die juristische Fakultät der Universität Coimbra. Er war ein eleganter Bursche mit braunem Schnurrbart, kleinem Kinnbart, schönen, langen, rückwärts gekämmten Haaren und einer Brille. Er trug Verse vor, konnte Gitarre spielen, erzählte Studentengeschichten, machte Gedichte und genoß in Vieira unter den Herren Berühmtheit, weil er es verstand, sich mit Frauen zu unterhalten.

„Agostinho ist ein Schwerenöter!" hieß es, „er spaßt mit der und spaßt mit jener — — in unserer Gesellschaft gibt es nicht seinesgleichen!" Schon in den ersten Tagen mußte Amelia bemerken, daß der Senhor Agostinho Brito sie beständig anstarrte. Amelia errötete leicht, sie spürte, wie ihr Busen sich unter ihrem Kleid bewegte. Sie bewunderte Agostinho im Grunde und fand ihn sehr zierlich.

Der Oktober ging zu Ende. Die Ferien waren vorüber. Eines Abends machte eine vergnügte Gesellschaft eine Mondscheinpromenade. Auf dem Rückweg brach plötzlich ein Wind los. Schwere Wolken verkleisterten den Himmel. Es fielen Wassertropfen. Man war aber dicht bei einem kleinen Pinienhain. Die Damen verlangten schreiend, man solle dort Schutz suchen. Agostinho, der Amelia am Arm führte, lachte laut, weil sie schon lange vor den anderen in das Dickicht gegangen waren. Unter den monoton zitternden und rauschenden Zweigen sprach er leise zu ihr. Er preßte die Zähne zusammen:

„Ich bin verrückt nach dir — verliebt — Mädchen!"

„Ich glaube es", flüsterte sie.

Aber Agostinho redete plötzlich in einem schwermütigen Ton:

„Weißt du, vielleicht muß ich morgen schon abreisen —"

„Abreisen?"

„Vielleicht — noch weiß ich es nicht genau — — übermorgen muß ich immatrikulieren — — —"

„Abreisen!" seufzte Amelia.

Dann nahm er ihre Hand und preßte sie glühend.

„Schreib mir!" bat er.

„Und — schreibst du mir — —?" hauchte sie.

Agostinho umschlang ihre Hüften und preßte auf ihren Mund glühende Küsse.

„Laß mich, laß mich!" rief sie erschöpft, befreite sich verwirrt und lief fort, um sich unter dem Regenschirm der Mama zu verkriechen.

Am andern Tage reiste Senhor Agostinho tatsächlich ab. Nach kurzer Zeit kehrten auch Amelia und ihre Mutter nach Leiria zurück. — —

Der Winter verging.

Eines Tages erzählte Senhora Donna Maria da Assumpcao im Hause der Senhora Joanneira, Senhor Agostinho Brito habe sich vor einigen Tagen mit einem Fräulein da Vimeiro vermählt.

„Er der Tausend!" rief Senhora Joaquina Ganfoso, „da heiratet er nicht weniger als 30 Millionen Reï! Das nenne ich Glück!"

Vor allen Anwesenden brach Amelia in Tränen aus. Sie liebte Agostinho. Sie konnte jene Küsse am Abend im dichten Pinienhain nicht vergessen. Ihr schien es, als werde sie von nun an nie mehr fröhlich sein. Und wieder spürte sie das Verlangen, Nonne zu werden. Darum betäubte sie sich mit fanatischer Frömmigkeit, wie sie ihr von klein an in der Gemeinschaft mit Geistlichen eingeimpft worden war. Jeden Tag las sie Gebetbücher. Die Wände ihres Zimmers wurden mit Lithographien aus dem Leben der Heiligen tapeziert. Stundenlang blieb sie in der Kirche und überhäufte die schmerzensreiche Himmelsmutter mit Ave Marias. Jeden Tag hörte sie die Messe und verlangte jede Woche das Abendmahl. Die Freundinnen der Mutter fanden in ihr ein „Beispiel", um auch dem Ungläubigsten zur Tugend zu verhelfen".

Aber an gewissen Tagen geschah es, daß sie, wie die Mutter sagte, „melkte". Dann plagte Amelia sie mit ihrer früheren Niedergeschlagenheit. Sie wurde blaß, und in ihren Mundwinkeln zeichneten sich zwei Runzeln ein. Bald jedoch kehrte die Heiterkeit zurück und mit ihr die Lust am festlichen Gottesdienst.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310626-11/fragment/page=0003

Seeckt bietet sich Frankreich an

Er will den Kommunismus fernhalten.

Am vergangenen Freitag hat der ehemalige Reichswehrchef und jetzige Reichstagsabgeordnete der Volkspartei Generaloberst a. D. v. Seeckt in München eine Rede gehalten, die nur so von Aufrüstungsforderungen strotzte. Einen Tag später erläuterte der General einem Berichterstatter des Pariser kapitalistischen „Journal", wie seine Rede gemeint sei.

Er wies darauf hin, daß sich die Arbeitslosigkeit im nächsten Winter zweifellos auf 6 bis 7 Millionen Menschen ausdehnen wird. „Man muß fragen, ob das wirklich so weitergehen kann und ob Frankreich selbst ein Interesse an einem völligen deutschen Zusammenbruch und der darauf folgenden kommunistischen Gefahr an seinen Grenzen haben kann."

Der Stahlhelm, dem Herr v. Seeckt bekanntlich angehört, sei nichts anderes als eine Art Bürgerschutz. Seine Aufgabe sei, im Notfall Unruhestiftern den Weg zu versperren. Denn die

Reichswehr allein sei nicht befähigt, einen kommunistischen Aufstand niederzuwerfen.

Man solle doch Deutschland gestatten, die Kräfte der Reichswehr zu verdoppeln. „Deutschland braucht mindestens 200 000 Soldaten, um die innere Ruhe und Ordnung sicherzustellen."

*

Ein widerlicheres Bild als dieses ist wohl kaum ausdenkbar. Da stellt sich der General Kommunistentod vor die Kapitalisten und Militärs des französischen Erbfeindes und bittet sie augenzwinkernd um mehr Soldaten, um die deutschen Arbeiter, die Arbeiter seiner eigenen Nation, niederschießen zu können.

Wenn ihr französischen Kapitalisten nicht wollt, daß die Feinde der Geldsäcke, also auch eure Feinde, in Deutschland regieren, dann müßt ihr das Hitler-, Stahlhelm- und Brüning-Deutschland schon aufrüsten lassen. Diese Argumentation des adligen Monokelträgers ist durchaus plausibel und dürfte ihren Eindruck auf das kapitalistische Frankreich nicht verfehlen.

Nur sollten die Herrschaften, die von dem Land, das sie als „Erbfeind" deklarieren, Soldaten und Waffen zur Tötung deutscher Arbeiter verlangen, von einem zu reden aufhören: von ihrem Nationalgefühl. Das hat seine Heimat nur noch im Geldsack der Ausbeuter, von denen auch Herr v. Seeckt seine Befehle empfängt.

Achtung, Bergarbeiter!

Heraus zu den Belegschaftsversammlungen der Bergarbeiter im Mansfelder Land am Sonnabend, dem 27. Juni, in Hettstedt, „Hohenzollernpark", 20 Uhr. Referent: Genosse Willy Dolgner, Halle.

RGO, Industriegruppe Bergbau.

Stettin im Zeichen des Massenprotestes

(Eig. Bericht.) **Stettin, 24. Juni.**

Der sozialdemokratische Polizeipräsident verbot die für Dienstag, den 23. Juni, einberufene Protestkundgebung gegen das Spartakiadeverbot. Schon von 19 Uhr ab durchzogen kleinere Demonstrationen die Stadtteile.

Mehreren Kolonnen in Stärke von 200 bis 300 Mann gelang es, geschlossen zum Kaiser-Friedrich-Denkmal, dem angesetzten Ziel, zu gelangen. Dort hatten sich über 2000 Demonstranten gesammelt. Immer und immer wieder ertönte der tausendfache Ruf: „Nieder mit dem Spartakiadeverbot! Weg mit der Brüning-Regierung!" Erst, nachdem die Polizei mehrere Hundertschaften einsetzte, gelang es ihr durch Gummiknüppelattacken, die Demonstranten in die Seitenstraßen zurückzudrängen. Während eine Anzahl Polizeibeamte auf das brutalste einschlugen, zeigten viele von ihnen offene Sympathie mit den Demonstranten.

Die Demonstrationen setzten sich in allen Stadtteilen fort und dauerten bis in die späten Nachtstunden. An vielen Stellen der Stadt wurden Ansprachen gehalten. Die Stimmung der Massen war außerordentlich erbittert. 30 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Neue Lasten

Wie der Londoner „Daily Telegraph" meldet, haben die Bank von England, die Brank von Frankreich, die Federal Reserve Bank und die BIZ beschlossen, vom 26. Juni ab der Reichsbank einen Kredit von 100 Millionen Dollar bis zum 16. Juli zur Verfügung zu stellen, um es der Reichsbank zu ermöglichen, ihre am Ende des Monats fälligen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Jede der vier Banken beteiligt sich mit einem Viertel. Das ist die Kehrseite der Hoover-Aktion. Bevor sie überhaupt in Kraft gesetzt wird, haben wir zuerst einmal wieder für diesen Kredit neue Zinslasten zu tragen.

Vor neuen Siegen

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Ekonomitscheskaja Schisn" vom 12. Juni einen Leitartikel, der die Erfolge in der Landwirtschaft der Sowjetunion feststellt. Die Frühjahrsaussaat wird in diesen Tagen beendet und eine gewaltige Ausdehnung der Saatfläche in der Sowjetunion bringen. Bereits die vorläufigen Resultate des Ackerbaukommissariats vom 5. Juni zeigen, daß die Aussaat bis zu diesem Datum gegenüber dem Vorjahr stark gesteigert worden ist. In diesem Frühjahr sind 84 Millionen Hektar bestellt worden, während im vergangenen Jahr 73 Mill. Hektar bestellt waren. „Ekonomitscheskaja Schisn" beschließt diesen Aufsatz mit den Worten: „Wir haben die größte geschlossene Landwirtschaft der Welt. Auf diesem Wege eröffnen sich unsere Perspektiven, auf diesem Wege gestalten wir die sozialistische Landwirtschaft."

Der neue „Rote Stern"

Wir verweisen schon heute unsere Leser darauf, daß am kommenden Sonntag die neue Nummer des „Roten Stern" unserer Zeitung beiliegt. Das große Format und der verstärkte Umfang hat allgemein bei unseren Lesern Anklang und Anerkennung für die Leistung des Verlages gefunden.

Die neue Nummer ist besonders der Spartakiade gewidmet. Sie muß daher mit eine scharfe Waffe im Kampf um die Aufhebung des empörten Verbotes durch Grzesinski werden. Auch sonst bringt der neue „Rote Stern" zahlreiches, bisher noch nicht veröffentlichtes Bildmaterial. Wir sind überzeugt, er wird ebenso gut unseren Lesern gefallen, wie die letzte Nummer.

Redaktion und Verlag richten an alle Leser den Appell, unsere kommende Sonntagsausgabe mit dem neuen „Roten Stern" nicht in die Ecke zu legen, wenn sie gelesen ist, sondern zur Werbung neuer Abonnenten zu benutzen.

WALHALLA
Letzte 5 Tage!
Münchner Luft
Operetten-Revue in 5 Bildern
Die große Besetzung

Burg-Theater
Die Konkurrenz platzt
Harry Liedtke gegen Hermann Picha und Maria Corda
Außerdem: Der deutsche Schäferhund „Blitz" in Achtung Verräter

Hamburger Kaffee-Lager Gustav Baresel
Der richtige Weg zur billigen Einkaufsquelle!
Schnittnudeln . . . . . Pfd. 39 Pf. — Pfeffermünzbruch . . ½ Pfd. 19 Pf.
Makkaroni . . . . . . „ 33 „ — Himbeersaft . . . . . 1 „ 45 „
Fruchtwaffeln . . . ¼ „ 18 „ — Speiseöl . . . . . 1 „ 28 „
Eisbonbon . . . . ¼ „ 18 „ — Johannisbeerwein . . 1 Ltr. 65 „
Bonbon . . . . . ½ „ 19 „ — Apfelwein . . . . . 1 „ 45 „
Kokosflocken . . . . ½ „ 19 „ — Neue Kartoffeln . . . 1 „ 10 „
Matjeshering . . . Stück 10 Pf.
Wasch-Artikel:
Oranienburger Kernseife, 1000 Gramm-Riegel nur 58 Pf.
Hochfeine Toilettenseife per Stück 12, 15, 20 und 25 Pf.
Beim Einkauf aller Waren (ausschl. Zucker) im Werte von
75 Pf. — 130 Pf. — 200 Pf. erhält jeder Kunde
einen Glasteller — einen Frühstücksteller — einen gr. Eßteller
Thams & Garfs Niederlage
Hauptgeschäft Gr. Ulrichstraße 26

Stadt-Theater
Heute Freitag, 20—22.30 Uhr
Die schöne Helena
Buffo-Oper von J. Offenbach
Sonnabend, 20—22.30 Uhr,
Die schöne Helena
Buffo-Oper von J. Offenbach

Die richtige Beratung
fachm. Bedienung
denkbar billigste Preise
beim Kauf von
Kinderwagen Klappwagen
mit u. ohne Verdeck
Wochenendwagen
Stubenwagen
garniert u. ungarniert finden Sie im
Bettenhaus Bruno Paris
Kleine Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9
3 Min. vom Markt
Größte Auswahl am Platze
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
Transport frei

Modernes Theater
Sonnabend
Fest-Ball
Auftreten:
Geschw. Hansen
Georg Marco
Panama-Girls
Jahn, der Straßengeiger
Kapelle Arnold
Eintritt inkl. Gard. 50 Pf.
Ende 4 Uhr früh!

Einheits-Preise
für
RESTE
und Abschnitte
25 Pf.
50 „
75 „
1.00 RM
1.50 „
2.00 „
2.50 „
3.00 „
Sonnabend
Montag
Dienstag
Mittwoch
Einkaufsstätte für Qualitätswaren
Heinrich Arnold
Bitterfeld

Das BETT wie es sein soll
und dabei doch so billig!
Metallbettstellen mit Patentmatratze
M. 13.— 17.50 20.— 22.— 25.— 30.— 34.— 36.— 38.— 44.—
Holzbettstellen
M. 19.- 25.- 30.- 33.- 36.- 42.- 49.-
Kinderbettstellen aus Eisen
M. 15.50 18.— 23.— 26.50 28.— 32.—
aus Holz . 20.- 23.- 30. 36.- 41.-
Auflege-Matratzen, 3 teilig, mit Keil
M. 11.50 14.— 16.— 19.— 22.— 27.— 33.— 37.— 40.— 45.— einfache 12.—
Stahldrahtmatratzen
M. 6.50 11.50 14.— 16.— 20.— 22.— 24.— 28.—
Steppdecken mit Satinbezug
13.50 25.50 27.—
Kunstseidenbezug 13.50 16.90 18.50 19.50 21.— 23.50 25.50 32.— 45.—
Daunendecken mit Satinbezug
47.— 59.— 65 — 75.— 95.—
Kunstseidenbezug
69.— 75.— 87.— 89.— 115 — 125.—
Aufarbeitung von Daunendecken zu billigsten Preisen in eigenen Werkstätten
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen!
Anfuhr nach auswärts durch eigene Autos ohne Transportbeschädigung
Bettenhaus
Bruno Paris
Kleine Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9
(3 Minuten vom Markt)

Jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag:
Schlachtefest
A. hausschlachtene Wurstwaren
Max Kase, Wittenberg
Neustraße 21

Fahrräder . . . v. M. 52.-
Ballonräder . . v. M. 62.-
Schläuche 1.— 0.95 0.90 0.70
Decken . . . . 3.— 2.50 2.20
Alle Ersatzteile!
Eigene Reparaturwerkstatt
Saale Fahrrad-Vertrieb
Weißenfels, nur am Markt
gegenüber Hollenkamp

Karl Werner
Wittenberg, Heubnerstr. 3
Empfehle den geehrten Hausfrauen meine
Fleisch- u. Wurstwaren

Gasthof Grüne Tanne
Roitzsch
empfiehlt allen Vereinen seine Lokalitäten

Goldener Hahn
Naumburg a. S.
Verkehrslokal der Arbeiterschaft von Naumburg und Umgegend

Gehen Sie nach
Burgstraße 47
dort kaufen Sie **gut und billig!** Einige Beispiele:
Landhausgardinen 48 38 **23.**
Sofadecken . 2.95 1.95 **95.**
Stores . . . 2.90 1.45 **88.**
Hüfthaltergürtel 1.45 95 **68.**
Kindersöckchen . 48 25 **10.**
Kunstseide . . . 95 68 **50.**
Musseline . . . 95 68 **48.**
Nußbaum
Das Kaufhaus für Alle
Bitterfeld, Burgstr. 47

Herabgesetzte Preise
Schlafzimmer
kompl. echt Eiche — Ankleideschrank 130 cm br. nur 375.-
kompl. echt Eiche — Ankleideschrank 150 cm br. nur 395.
Gr. Auswahl bes. preisw. Schlafzimmer-Einrichtg
Gebr. Jungblu
Albrechtstr. 37

Täglich bis 12 Uhr vormittags in allen Filialen!
Hausschlacht. frische
Bratwurst 85 ₰
1 Pfund . . nur
Hausschlacht. frisches
Schweinegehacktes 70 ₰
1 Pfund . . nur
Verkauf nur in meiner Zentrale
Filiale Kleine Ulrichstraße
A. Knäusel Butter, Wurst, Fleischwaren

Sommersprossen!
beseitigt innerhalb 5 Tagen u. Garant. Pickel, Mitesser, Grieskörner, Leberflecke, Warzen u. Gesichtshaare in kurzer Zeit. **J. Ehlers-Raba**, Magdeburg, Kölner Str. 13. **Filiale Halle, Sternstraße 11, II.**
jeden **Donnerstag** von **10-7 Uhr** anwesend
25jährige Praxis

Leicht
gemacht wird es Ihnen, wenn Sie Ihre **Möbel** bei uns auf Teilzahlung kaufen. Küchen für 85 Mark, Schlafzimmer für 365 Mark, Bettstellen, Metallbetten, Federbetten, Matratzen
Klingler, Halle
Leipziger Straße 11, I. Etage
Eingang Sandberg

Ia Delikateß-Fettheringe
frisch eingetroffen
10 Stück nur 55 ₰
alle anderen Lebensmittel bekanntlich stets **billig** u. nur **gute** Qualitäten
Thams & Garfs
Niederlage Bitterfeld
Burgstr. 10 Dessauer Str. 72
Fernruf 2300

Lumpen Zeitungen Knochen
kauft
A. Bode
Große Klausstraße 22

Sohlleder-Ausschnitt
Leder-Abfälle
aller Art billigst bei
Wilh. Kranig
Waisenhausring 14

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels
Fischgasse

Danksagung

Hiermit sagen wir allen denjenigen unseren aufrichtigen Dank beim Hinscheiden meines lieben Mannes

Friedrich Stolle

welche ihm die letzte Ehre am Grabe erwiesen.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

Halle, den 26. Juni 1931.

Mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Zimmerer

Gustav Krone

ist heute im 69. Lebensjahre seinem tückischen Leiden erlegen.

Halle (Saale), den 24. Juni 1931

Berta Krone, geb. Hoffmann
und Angehörige

Einäscherungsfeier Sonnabend, den 27. Juni, mittags 12 Uhr (Gertraudenfriedhof)

Markt-Kleinhandelspreise für Halle am 25. Juni 1931

Obst und Gemüse:		M.
Tafeläpfel	1 Pfd.	0.45—0.60
Aepfel, Eß-	1 Pfd.	0.45—0.60
„ Mus-	1 Pfd.	0.35—0.40
Kochäpfel	1 Pfd.	—
Bananen	1 Stck.	0.10—0.15
Tafelbirnen	1 Pfd.	—
Birnen, Eß-	1 Pfd.	—
Kochbirnen	1 Pfd.	—
Erdbeeren	1 Pfd.	0.30—0.50
Heidelbeeren	1 Pfd.	0.35
Johannisbeeren	1 Pfd.	0.25
Preißelbeeren	1 Pfd.	—
Himbeeren	1 Pfd.	—
Tomaten	1 Pfd.	0.30—0.50
Kirschen, süße	1 Pfd.	0.15—0.25
„ saure	1 Pfd.	0.25—0.30
Aprikosen	1 Pfd.	0.40
Pfirsiche	1 Pfd.	—
Pflaumen	1 Pfd.	—
Stachelbeeren	1 Pfd.	0.15
Hagebutten	1 Pfd.	—
Weintrauben	1 Pfd.	—
Nüsse	1 Pfd.	—
Bohnen, grüne	1 Pfd.	0.25—0.35
„ weiße	1 Pfd.	0.25—0.28
Gurken, Einlege-	1 Mdl.	1.20—1.50
„ Senf-	1 Pfd.	0.60
„ Salat-	1 Pfd.	0.10—0.35
„ Pfeffer-	1 Pfd.	0.60
Radieschen	1 Bd.	0.05
Rhabarber	1 Pfd.	0.05
Spargel	1 Pfd.	0.20—0.60
Weißkohl	1 Pfd.	0.20
Blumenkohl	1 Kpf.	0.10—0.50
Wirsingkohl	1 Pfd.	0.20
Rotkohl	1 Pfd.	—
Grünkohl	1 Pfd.	—
Rosenkohl	1 Pfd.	—
Salat	1 Kpf.	0.03—0.05
Spinat	1 Pfd.	—
Mohrrüben, neue	1 Bd.	0.10
Kohlrüben	1 Pfd.	0.10
Rote Rüben	1 Pfd.	—
Kohlrabi	1 Stck.	0.05
Zwiebeln	1 Pfd.	0.20
Rapünzchen	1 Pfd.	—
Schwarzwurzel	1 Pfd.	—
Kürbis	1 Pfd.	—
Sellerie	1 Stck.	—
Porree	1 Bd.	0.10—0.25
Zwiebeln, neue	1 Bd.	0.10

Fische:		M.
Schellfisch, fr.	1 Pfd.	—
Seelachs, frisch	1 Pfd.	—
Kabeljau	1 Pfd.	—
Fr. Aal	1 Pfd.	1.80
Aal, ger.	1 Pfd.	3.50
Hechte	1 Pfd.	1.60
Weißfisch	1 Pfd.	0.40—1.00
Goldbarsch	1 Pfd.	—
Karpfen	1 Pfd.	—
Schleie	1 Pfd.	1.40—1.50
Heringe, Schott.	1 Stck.	0.10
Heringe, Matjes-	1 Stck.	0.20
Bücklinge	1 Pfd.	0.60
Gr. Heringe	1 Pfd.	—
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0.50
Seelachs, ger.	1 Pfd.	0.60
Wild und Geflügel:		**M.**
Enten, Mast-	1 Pfd.	1.20—1.50
Gänse, Mast-	1 Pfd.	1.00—1.60
Hühner	1 Pfd.	0.80—1.10
Tauben	1 Stck.	0.60—0.80
Rebhühner	1 Stck.	—
Junge Hähne	1 Stck.	1.00
Kleine Enten	1 Stck.	0.90—1.30
Kleine Gänse	1 Stck.	1.80—5.50
Kleine Kücken	1 Stck.	0.50—0.60
Rehfleisch	1 Pfd.	0.50—2.00
Hirschfleisch	1 Pfd.	0.50—2.00
Kaninchen, Stall-	1 Pfd.	1.00
Kaninchen, wild	1 Pfd.	0.90
Sonstiges:		**M.**
Butter, Molk.	1 Stck.	0.80—0.90
Butter, Bauern-	1 Stck.	0.65—0.70
Quark	1 Pfd.	0.30—0.40
Käse	1 Stck.	0.05—0.20
Pflaumenmus	1 Pfd.	0.50
Kartoffeln	10 Pfd.	0.60—0.65
Kartoff., Nieren	10 Pfd.	1.00
Eier	1 Stck.	0.06—0.09
Zitronen	1 Stck.	0.01—0.05
Meerrettich	1 Stck.	0.15—0.30
Rettich	1 Stck.	0.05—0.15
Petersilie	1 Pfd.	0.30
Schnittlauch	1 Bd.	0.05
Schoten	1 Pfd.	0.10—0.18
Pilze:		**M.**
Champignons	1 Pfd.	—
Pfifferlinge	1 Pfd.	0.50—0.65
Steinpilze	1 Pfd.	0.65
Grünlinge	1 Pfd.	—

Fleisch- und Wurstwaren:

Rindfleisch:		M.
Kochfleisch	1 Pfd.	0.70—1.00
Bratenfleisch	1 Pfd.	0.90—1.20
Kalbfleisch:		**M.**
Kochfleisch	1 Pfd.	0.80—1.10
Bratenfleisch	1 Pfd.	1.00—1.20
Hammelfleisch:		**M.**
Kochfleisch	1 Pfd.	0.70—1.00
Bratenfleisch	1 Pfd.	0.90—1.10
Schweinefleisch:		**M.**
Kamm u. Kotel.	1 Pfd.	0.90—1.10
Bauch u. fettes	1 Pfd.	0.60—1.00
Gefrierfleisch	1 Pfd.	—

Ziegenfleisch	1 Pfd.	0.60—0.80
Roßfleisch	1 Pfd.	0.50—0.60
Wurstwaren:		**M.**
Schlackwurst	1 Pfd.	1.40—2.00
Knackwurst	1 Pfd.	1.00—1.30
Schwartenwurst	1 Pfd.	0.60—1.00
Rotwurst, frisch	1 Pfd.	0.60—0.90
Rotwurst, ger.	1 Pfd.	0.70—1.00
Leberwurst, frisch	1 Pfd.	0.60—0.90
Leberwurst, ger.	1 Pfd.	0.70—1.00
Schinken, roh	1 Pfd.	1.60—1.90
Schinken, gekocht	1 Pfd.	1.80—2.20
Speck, fett, ger.	1 Pfd.	0.70—0.90
Speck, mag., ger.	1 Pfd.	1.00—1.30
Zervelatwurst	1 Pfd.	1.60—2.20

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310626-11/fragment/page=0004
DFG

Die RGI. an die RGO. Deutschlands!

„Dieser Zustand darf nicht länger geduldet werden"

Die letzten politischen Ereignisse in Deutschland haben in den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten einen ebenso stürmischen Widerhall gefunden wie unter den Nichtorganisierten. Es ist natürlich und bemerkenswert, daß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern eine umfassende Protestbewegung gegen die verräterische Haltung der Gewerkschaftsbonzen ausgebrochen ist, eine Protestbewegung, die zu steigern und mit positivem revolutionären Inhalt zu erfüllen die vornehmste Aufgabe aller Kommunisten, aller Anhänger der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition ist. Darum betonte das Plenum des Zentralkomitees der KPD. vom 14. und 15. Mai 1931 in seinen Beschlüssen als dringlichste Aufgabe:

„Als unerläßliche Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgaben (Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den Ausplünderungs- und Unterdrückungsfeldzug der herrschenden Klasse. d. R.) eine tatsächlich gesteigerte, intensive systematische und andauernde Oppositionsarbeit in den reformistischen und christlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbänden, um die Massen der fast 7 Millionen in diesen Gewerkschaften Organisierten für die revolutionäre Einheitsfront zu gewinnen.

Die bisherigen unverzeihlichen Schwächen auf diesem Gebiet unserer Massenarbeit haben zu einem großen Temposerlust geführt. Diese Versäumnisse sind mit ein Hemnis für die erfolgreiche Durchführung von Wirtschaftskämpfen. Die systematische Vertiefung der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften ist aufs engste verbunden mit der aufsteigenden politischen und organisatorischen Arbeit der RGO."

Diese harten und klaren Worte, dieser Appell an die Parteimitgliedschaft wird jetzt durch den bedeutungsvollen Brief unterstrichen, den das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale an das Reichskomitee der RGO. gerichtet hat. Auf Vorschlag der Delegation des Pol-Büros der KPD. auf dem 11. EKKI-Plenum ist dieser Schritt der RGI. erfolgt.

Es darf keinen Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsbewegung geben, der dieses Dokument nicht Satz für Satz studiert und sofort seine ganze Kraft auf diesen schwachen Frontabschnitt der Gewerkschaftsarbeit konzentriert. Keine Entschuldigung mit dem Terror in den reaktionären Gewerkschaftsverbänden und der Beseitigung aller Demokratie in ihnen. Gewiß, der Terror und die Bonzendiktatur sind vorhanden. Aber damit haben die klassenbewußten Arbeiter eben zu rechnen, und dieses Willkürregiment ist kein Entschuldigungsgrund für den Verzicht auf eine unumgänglich notwendige revolutionäre Arbeit, die neben der Schaffung der selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen geleistet werden muß.

Nie waren die Massen in den Gewerkschaften der revolutionären Argumentation zugänglicher denn heute, nie also die Situation günstiger als jetzt. Vorwärts! An die innergewerkschaftliche Arbeit!

An das Reichskomitee der RGO. Deutschlands!

Werte Genossen!

Ihr wißt, daß wir die allgemeinen Erfolge eurer Arbeit in vollem Maße anerkennen. Gleichzeitig betrachten wir es als unsere Pflicht, zu betonen, daß die nähere Prüfung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland bestätigt hat, daß ungeachtet wiederholter Anweisungen der leitenden Organe der RGI. über die Notwendigkeit der Steigerung der Arbeit in den reformistischen und den anderen reaktionären Gewerkschaften, diese [illegible] Kongreß sich nicht nur nicht gesteigert, sondern im Gegenteil noch vermindert hat. Dieser Zustand darf keinesfalls länger geduldet werden.

Falsche und gefährliche Anschauungen

Im Zusammenhang damit, daß fast in allen Industriezweigen und im Ausmaß des ganzen Landes eine Gewerkschaftsopposition geschaffen ist, und daß in einigen Produktionszweigen, in einigen Bezirken revolutionäre Verbände geschaffen werden, machen sich in Funktionärkreisen der RGO. Stimmungen geltend, daß die Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften ein überwundenes Stadium sei, daß man jetzt die Aufmerksamkeit einzig und allein auf die Organisierung der neuen Verbände konzentrieren müsse.

Diese Stimmungen müssen auf eine entschiedene Zurückweisung stoßen. Solche Anschauungen sind falsch und gefährlich, sie müssen für die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition sehr schwerwiegende Folgen haben.

Wir haben in Deutschland eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die bisher etwa 250 000 Mitglieder umfaßt und daneben reformistische und christliche Gewerkschaften, die 5—6 Millionen Mitglieder zählen. Dürfen wir auch nur für einen einzigen Augenblick die ungeheure Rolle vergessen, die diese Millionen spielen? Dürfen wir auch für einen einzigen Augenblick aus dem Auge lassen, daß diese Millionen von Arbeitern, sobald unter ihnen revolutionäre Arbeit geleistet wird, zu Mitgliedern unserer Organisation werden können?

Die bedeutende Mehrheit der Mitglieder der reaktionären Verbände können in der Zukunft zu Vorkämpfern der Sache der Diktatur des Proletariats werden. Daraus, daß sie gegenwärtig noch nicht mit uns zusammengehen, folgt noch nicht, daß sie stets gegen uns sein werden. Die Vorgänge in Deutschland zeigen den Arbeitermassen, wohin die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse führt.

Unsere Aufgabe ist es, überall zu arbeiten, wo nur Arbeiter vorhanden sind und auch nicht für einen einzigen Augenblick zu vergessen, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaften in Streikbrecherorganisationen verwandelt hat, daß jeder Streik, jede Aktion der Arbeiterschaft auf den Streikbruch der reformistischen Gewerkschaften stößt.

Die streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie kann man nur zerschlagen, wenn man ihr den Boden entzogen, die Arbeiter erobert hat, auf die sich die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie noch stützen.

Um jeden Arbeiter kämpfen

Wir müssen um jeden Arbeiter kämpfen, wo er sich auch befindet, welcher Organisation er auch angehören möge. Ganz besonders zähe muß der Kampf dann sein, wenn es sich um Millionen von Arbeitern handelt. Das Nachlassen der Arbeit in den Gewerkschaften resultiert offen bei einigen Genossen aus der falschen Fragestellung: „Entweder Festigung der RGO. und Schaffung neuer Verbände oder Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften."

Diese Einstellung der Passivität im Verhalten zur Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften — daß wir dort nichts zu tun haben, sobald wir eigene Organisationen besitzen — ist auch durch die Schwierigkeiten hervorgerufen, die die Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften bereitet. (Die Reformisten erschweren den Anhängern der Gewerkschaftsopposition das Auftreten in Versammlungen und Konferenzen, ersetzen die gewählten Funktionäre durch ernannte, schließen einzelne Anhänger der Gewerkschaftsopposition und ganze Organisationen aus den Verbänden aus usw.) So denken offenbar die Genossen, die die Arbeit in der [illegible] das führt, zeigt die Tatsache, daß [illegible] Kommunisten, Mitglieder des reformistischen Metallarbeiterverbandes von Berlin, fast keine Arbeit leisten. Gegen derartige Auffassungen muß man sofort einen entschiedenen Kampf einleiten.

Die Festigung und Entfaltung der RGO. darf keineswegs unserer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften entgegengesetzt werden. Das eine wie das andere ist notwendig.

Ohne eine zähe, systematische und nachdrückliche Arbeit innerhalb der reformistischen und sonstigen reaktionären Verbände werden wir die RGO. nicht in eine Massenorganisation verwandeln, werden wir nicht in unseren Verbänden Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern vereinigen können. Dies muß jedem revolutionären Arbeiter klargemacht werden. In diesem Sinne muß man auch entschiedene Maßnahmen durchführen.

Die negativen Auswirkungen der Unzulänglichkeit unserer Arbeit in den reaktionären Verbänden beeinflußten auch die Vorbereitung und Durchführung der in der letzten Zeit stattgefundenen Wirtschaftskämpfe, insbesondere den Streik der Metallarbeiter in Berlin und den Streik der Ruhrbergarbeiter (Januar 1931).

Die Vernachlässigung der revolutionären Arbeit in den reformistischen und sonstigen reaktionären Verbänden trägt einen opportunistischen Charakter. Die wichtigsten Ursachen der Schwäche unserer Arbeit in den reaktionären Verbänden sind folgende:

Die wichtigsten Ursachen

1. Der rechte Opportunismus, der sich noch in einigen Organisationen der RGO. äußert und zwar in Gestalt a) von Furcht, Kämpfe entgegen den sozialfaschistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten zu führen, um den Gewerkschaftslegalismus nicht zu verletzen, b) von Kapitulation vor dem Terror der Faschisierung des Verbandsapparates und von den wachsenden Schwierigkeiten der Arbeit in den reaktionären Verbänden, c) Passivität bei einem Teil der Funktionäre der RGO. in der Durchführung der revolutionären Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften.

2. Links sektiererische Stimmungen und Anschauungen, die bei einem Teil der Funktionäre der RGO. noch verbreitet sind und darauf hinauslaufen, daß eine Arbeit innerhalb der reaktionären Verbände keinen Nutzen habe, da die Mitglieder dieser Gewerkschaften sich faschisiert, in Streikbrecher verwandelt haben, kleine Zörgiebels sind, die sich von ihren Führern nicht unterscheiden, an den Interessen der Arbeiterklasse Verrat üben und ähnliche falsche „links" sektiererische Theorien, um die eigene Passivität und Unlust, unter den Mitgliedern der Massenverbände tätig zu sein, zu rechtfertigen. Diese „links" sektiererischen Theorien führen u. a. dazu, daß die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition nicht genügend die Bewegung unter den unzufriedenen Mitgliedern der reformistischen und sonstigen reaktionären Verbände, deren Unzufriedenheit mit ihrer materiellen Lage auszunutzen verstehen.

3. Die falsche Auffassung, daß zur selbständigen Vorbereitung und Führung von Wirtschaftskämpfen die Heranziehung der Mitglieder der reformistischen und christlichen Gewerkschaften nicht unbedingt und sogar nicht möglich sei. Vorbereitungen zu diesen Kämpfen wurden auch innerhalb der Verbände aller übrigen Richtungen nicht betrieben. Diese Vorbereitungen müssen darin bestehen, daß innerhalb [illegible] auf- entsprechenden [illegible] Gewerkschafts-Opposition und [illegible] Verbände bei Kampfbewegungen aufzustellen pflegen. Agitation und Propaganda unter den Mitgliedern der reformistischen und der sonstigen Verbände zugunsten dieser Forderungen.

4. Falsche Gegenüberstellung unserer Aufgaben auf dem Gebiete der Organisierung einer selbständigen, revolutionären Gewerkschaftsbewegung, Schaffung von RGO.-Gruppen und roter Verbände und revolutionäre Arbeit innerhalb der reaktionären Verbände. Der V. RGI.-Kongreß beschloß, daß bei Durchführung der Beschlüsse auf die Schaffung einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austritts der Anhänger der RGI. aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist.

Umfassende, revolutionäre Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften

All dies führt in der Praxis zu einem opportunistischen und sektiererischen Verzicht auf einen Kampf um die Massen, die den sozialfaschistischen Führern noch Gefolgschaft leisten und von uns um jeden Preis erobert werden müssen.

Das Vollzugsbüro der RGI. ersucht das Reichskomitee der RGO. die Frage der revolutionären Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften in einer ihrer nächsten Plenarsitzungen zu beraten, Hinweise in alle seine Sektionen, Betriebsgruppen, an alle Funktionäre zu erteilen, damit sie innerhalb der reformistischen Gewerkschaften eine revolutionäre Arbeit entfalten, damit sie einen entschiedenen schonungslosen Kampf gegen zwei Fronten führen, gegen den rechten Opportunismus und das linke Sektierertum, gegen die Stimmungen der Passivität und der Apathie, um innerhalb der reaktionären Gewerkschaften eine umfassende, revolutionäre Arbeit zu leisten.

Bei der Durchführung ihres Programms und des Sturmplans, bei der Werbung neuer Mitglieder für die RGO. und die selbständigen Verbände, bei der Schaffung neuer Verbände, wo diese Frage reif ist, muß die RGO. streng darauf achten, daß nicht Teile ihrer Anhänger diese Tätigkeit der Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften gegenüberstellen. Jedes RGO.-Mitglied muß begreifen, daß gerade die Steigerung der innergewerkschaftlichen Arbeit in den reaktionären Verbänden ein unzertrennbares Teil der Gesamttätigkeit der RGO. sein muß.

Moskau, 10. Juni 1931.

Mit revolutionärem Gruß

Vollzugsbüro
der Roten Gewerkschaftsinternationale

Die Erntestreiks der Landarbeiter

gegen die Beseitigung jeglichen Barlohnes sind zugleich wirksame Kämpfe

gegen Junkerfrechheit und Faschismus

Die Arbeiter aus den Städten müssen den Landarbeitern zu Hilfe eilen. Jede Zelle in ihre Patenschaft!

Die
Klassenjustiz wütet!

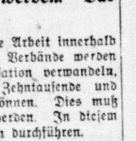
Die Rote Hilfe
stellte Rechtsanwälte in politischen Prozessen:

im 1. Halbjahr 1928 in 528 Prozessen
im 1. Halbjahr 1929 in 890 Prozessen
im 1. Halbjahr 1930 in 2388 Prozessen
im 1. Halbjahr 1931 in 4530 Prozessen

Das heißt: Verzehnfachung des Justizterrors

Heraus zu den Kampftagen gegen Klassenjustiz!

Sammelt! Werbt!



Rund um den Erdball

Das eigentümlich kurze Gedächtnis der Scheuen-Angestellten

Zögling Krüger: „Alles Schwindel!"

In den Unterleib getreten — Vom Hund gebissen — Mit sandgefülltem Gummischlauch mißhandelt

(Von unserem Sonderberichterstatter)

6. Verhandlungstag

Lüneburg, 25. Juni. Zu Beginn der Donnerstagverhandlung im Scheuenprozeß stellte Rechtsanwalt Dr. Loewenthal zunächst zahlreiche Beweisanträge, um klarzustellen, daß unter des Menschenschinders Straube Leitung bereits seit Jahren die brutalsten Mißhandlungen in Scheuen an der Tagesordnung gewesen seien. Durch Ladung zahlreicher Zeugen wollte Loewenthal beweisen, daß Fürsorgezöglinge und Erzieher seit jeher die Mißstände in Scheuen in der Form geschildert hätten, wie sie in diesem Prozeß in empörender Deutlichkeit zutage traten.

Als erster wird der Fall Erich Krüger behandelt. Dieser Fürsorgezögling kam im Herbst 1929 nach Scheuen und wollte sich nicht einkleiden lassen. Daraufhin hat Straube ihm das Jackett vom Leibe gerissen und ihn brutal geschlagen. Dann jagte ihn der Schinder als Lungenkranken barfuß durch den Schnee. Selbstverständlich leugnet auch in diesem Fall Straube, Krüger geschlagen zu haben.

Erzieher Manegold, der ebenfalls allerhand Mißhandlungen auf dem Kerbholz hat, will, genau wie der Biedermann Straube, sich gleichfalls an nichts mehr erinnern können. Ganz offensichtlich verschweigt er alles Belastende gegen seinen Kumpan Straube. Mehrere Zöglinge beschuldigen jedoch Manegold, daß er selbst geschlagen habe und auch davon wußte, daß Straube Mißhandlungen vorgenommen hat.

Rechtsanwalt Loewenthal: Ich muß bitten, daß Manegold seine Aussagen vorsichtiger macht, wenn er nicht mit der Eidespflicht in Konflikt kommen will.

Die Zöglinge Bähr und André sagen aus, ebenfalls von Manegold geprügelt worden zu sein. Besonders André schildert eingehend, wie er von Straube mißhandelt wurde. Brutal wurde er von ihm zu Boden gerissen und in den Unterleib getreten, wobei er noch außerdem von Straubes Hund gebissen wurde. Der Zögling Gustav Krüger bekundet gleichfalls, daß Straube auch ihn oftmals schwer mißhandelt habe. Während er von Straube mit dem Gummiknüppel über Kopf, Hals usw. mißhandelt wurde, habe ihn Manegold mit einem sandgefüllten Gummischlauch verprügelt. Als der Menschenschinder wieder versucht, alles zu verdrehen und abzuschwächen, verliert der Zögling Gustav Krüger die Beherrschung und ruft erregt in den Gerichtssaal: „Schwindel! Alles Schwindel!

Fräulein Knoblauch weiß ebenfalls nichts

Zögling Monka war geflüchtet und am Tage der Revolte nach Scheuen zurückgebracht worden. Als er dem Straube erklärte, daß er nach Berlin zum Jugendamt wollte, wurde er von Straube mit der Hand ins Gesicht geschlagen und beschimpft. Aber Straube weiß von nichts ...

Zeugin Fräulein Knoblauch, die in Scheuen angestellt war, kann sich, genau wie die Biedermänner Straube und Manegold, ebenfalls auf keinerlei Einzelheiten mehr besinnen. Während sie noch vor dem Untersuchungsrichter seinerzeit aussagte, daß Straube mit Schimpfworten nicht gespart habe, bleibt sie heute dabei: „Ich habe nichts gesehen und gehört"

Rechtsanwalt Loewenthal: Haben Sie denn Zöglinge einmal geschlagen?

Zeugin: Nein.

Dabei steht bereits jetzt schon fest, daß diese Zeugin wenigstens einen Zeugen geschlagen hat.

Weltflieger Post und Gatty in Berlin

Die erste Etappe des Weltfluges glücklich geschafft

Ozeanflieger über Sowjetrußland

Am Mittwoch 8.30 Uhr in Berlin gelandet — Donnerstag früh 7.30 Uhr nach Moskau gestartet

Post und Gatty, die beiden amerikanischen Weltflieger, sind auf ihrem Weltflug in zehn Tagen nach Zwischenlandungen in Chester (Westengland) und Hannover am Mittwochabend 8½ Uhr auf dem Berlin-Tempelhofer Flugplatz gelandet und haben am Donnerstagfrüh ihren Flug mit dem nächsten Ziel Moskau fortgesetzt.

Die Nacht zum Donnerstag verbrachten die beiden Flieger nach ihrer Landung im Tempelhofer Flughafengebäude. Gegen ½6 Uhr konnte man sie schon wieder an ihrer Maschine bei der Arbeit sehen. Sogar das Frühstück nahmen sie in der Flugzeughalle ein, um gar keine Minute Zeit zu verlieren. Um genau 7.38 Uhr erhob sich das Ozeanflugzeug in die Luft. Begleitet von einem kleinen Sporteindecker entschwand es dann nach zwei Runden über dem Flughafen in östlicher Richtung.

*

Besorgnis um die dänischen Ozeanflieger

Neuyork, 25. Juni. Die gleichfalls in Harbour Grace zum Flug nach Kopenhagen gestarteten dänischen Flieger Hillig und Holris wurden bisher nicht gesichtet. Sie fliegen ohne Radioapparat an Bord. Da sie jetzt bereits über 30 Stunden verschollen sind, hegt man für ihr Schicksal die ernstesten Befürchtungen.

Schwerer Unfall beim Brückenbau

Beim Bau der Eisenbahnbrücke in Stahlhammer, Kreis Lublinitz in Polen, stürzte ein Träger in die Tiefe und riß zwei Arbeiter mit sich. Der eine wurde mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus von Tarnowitz gebracht, während der andere, der aus sieben Meter Höhe in den Fluß geschleudert worden war, auf dem Wege zum Verbandsplatz starb.

Vier Tote bei einer Zigeunerschlacht

Bei der Stadt Viktoria in der spanischen Provinz Alava kam es zu einer erbitterten Schlacht zwischen zwei feindlichen Zigeunerstämmen. Vier Tote und mehrere Schwerverletzte blieben auf dem Kampfplatz.

Um Peter Kürtens Kopf

Letzte Entscheidung fällt das Preußische Staatsministerium

Wie TU. meldet, sind die Akten über den Mordprozeß Kürten dem preußischen Justizministerium nunmehr zugegangen. Entgegen der allgemeinen Ansicht, daß die Entscheidung über eine Vollstreckung des am 22. April gefällten Todesurteils oder aber eine Umwandlung in lebenslängliche Zuchthausstrafe sich reichlich lange hinziehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß „mit jeder denkbaren Beschleunigung gearbeitet worden sei."

Es habe sich aber um ein außerordentlich umfangreiches Aktenmaterial gehandelt, und schließlich hätten vor der Entscheidung noch einmal der Vorsitzende des Schwurgerichts, der Beauftragte für Gnadensachen, der Oberstaatsanwalt sowie der Verteidiger gehört werden müssen. Die Angelegenheit wird jetzt zunächst im Justizministerium bearbeitet, das für seine Stellungnahme an keine Frist gebunden ist. Die letzte Entscheidung fällt in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums, für die ein Termin noch nicht angesetzt ist.

Schwere Unwetterschäden in Oberbayern

Das am Mittwochnachmittag niedergegangene schwere Unwetter hat in weiten Teilen von Oberbayern großen Schaden angerichtet. So wurden am Nordufer des Chiemsees acht Ortschaften durch Hagelschlag und wolkenbruchartigen Regen schwer heimgesucht. Die Felder wurden von den Hagelkörnern und Wassermassen schwer mitgenommen. Die Ernte ist zu 30 bis 50 v. H. vernichtet.

Schienenzepp fährt am Freitag nach Düsseldorf

Der Kruckenbergsche Propellertriebwagen, also der sogenannte Schienenzepp, fährt am Freitag früh 4.25 Uhr vom Berliner Bahnhof Stadion, Rennbahn Grunewald, nach Düsseldorf.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Luft als Heilmittel

Neue Heilversuche in Sowjet-Sanatorien zur Tuberkulosebekämpfung

Die Tatsache, daß die uns umgebende Atmungsluft elektrisch geladen und diese Ladung gespalten in negative und positive Elektrizität ist, wobei jedoch beide elektrischen Pole gebunden sind, hat den bekannten Professor Schichewski dazu veranlaßt, bestimmte Versuche mit der elektrischen Ladung der Luft und ihren Wirkungen auf Lebewesen anzustellen. Die Erzeugung eines künstlichen Ueberschusses positiver Ladung führte zu einer Hemmung des Wachstums und frühzeitigem Verstummen und Eingehen der Versuchstiere, während die negative Ladung rasches Wachstum, Zunahme der Intelligenz, Erhöhung der Widerstandskraft gegen Krankheiten usw. zur Folge hatte. Künstlich mit Tuberkulose geimpfte Meerschweinchen wiesen keinerlei wesentliche Krankheitserscheinungen auf, solange ein Ueberschuß an negativ geladenen Zonen in der Luft vorhanden war.

Seit etwa fünf Jahren werden diese Erkenntnisse in einigen Versuchssanatorien der Sowjetunion den lungenkranken Insassen nutzbar gemacht. Die Behandlung mit negativ ionisierter Luft ergab dabei außerordentlich gute Heilresultate. Die Kranken erholten sich rasch, bekamen den verlorenen Lebensmut wieder. Die objektiven Krankheitserscheinungen gingen zurück, die tuberkulösen Herde in der Lunge und den anderen Organen verkleinerten sich.

Auch auf die Landwirtschaft wurden diese Versuche ausgedehnt. In einer großen Sowjethühnerfarm wurden etwa 1000 Küken in negativ ionisierter Luft aufgezogen. Nach kurzer Zeit schon zeichneten sie sich durch größeres Gewicht, rascheres Wachstum und viel höhere Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und Seuchen aus. Im allgemeinen war die Sterblichkeit um 70 Prozent geringer als bei den anderen Küken. Ansteckende Krankheiten wurden bei ihnen überhaupt nicht beobachtet.

Offenbar sind durch die negative elektrische Ladung der Luft Bedingungen geschaffen, die für Fortkommen und Entwicklung von Krankheitskeimen außerordentlich ungünstig sind, während sie gleichzeitig für die Entwicklung der höheren Lebewesen besonders günstige Voraussetzungen schaffen. Die Versuche Professor Schichewskis werden in einer Reihe von Versuchslaboratorien, Heilanstalten und Tierzüchtereien fortgesetzt.

Dr. med. W. Swienty.

Vererbung künstlicher Verletzungen?

Daß gewisse körperliche Eigentümlichkeiten bei Mensch und Tier vererblich sind, ist allgemein bekannt. Daß aber auch künstlich gesetzte Veränderungen, wenn sie durch viele Generationen immer wieder vorgenommen werden, schließlich vererbbar sind, ist erst neuerdings bewiesen worden. Darüber haben die Professoren Goßweiler und Erhardts interessante Mitteilungen gemacht. Sie beobachteten nämlich bei den Nachkommen künstlich coupierter Hunde gelegentlich das Auftreten von Stummelschwänzen. Diese Eigentümlichkeit wird in etwa fünf Fällen von tausend neugeborenen Hunden wahrgenommen. Sie tritt häufiger bei Hunderassen auf, die schon lange dieser Verstümmelung unterzogen wurden, als bei anderen. Ueber die Erklärung dieses Vorkommnisses ist noch keine Einigkeit erzielt worden. Man nimmt neuerdings an, daß durch die viele Generationen hindurch geübte gleichmäßige Verletzung ein starker Reiz auf das Nervensystem — im Schwanz liegt ja der letzte Teil des Rückenmarkes — ausgeübt wird, der schließlich zum dauernden Verlust des Schwanzes führt. Die Weiterführung dieser Versuche und Beobachtungen kann eine ganz ungeahnte Umwandlung in den bisher bestehenden Ansichten über die Vererbung zeitigen.

Elefanten legen Brunnen an

Tiere und Menschen können viel längere Zeit ohne Nahrung als ohne Flüssigkeit leben. Trotzdem werden in der wasserlosen Wüste gelegentlich Elefantenherden angetroffen. Wie neue Beobachtungen ergeben haben, verstehen es die Tiere, durch Scharren mit den Hufen und Rüsseln das Grundwasser frei zu legen. Sie legen also gewissermaßen Brunnen an.

Nur weibliche Mücken stechen

Die wenigsten Menschen wissen, daß die männlichen Mücken keinerlei Blutdurst zeigen und sich lediglich von pflanzlichen Säften ernähren. Nur die weiblichen Mücken saugen Blut von Warm- und Kaltblütern. Auch ist es nicht so, daß nur Mückenweibchen, die Nahrung zu sich genommen haben, Eier ablegen können. Denn nur ein kleiner Teil der Mücken findet ja während seiner Lebenszeit Objekte zum Blutsaugen. Tatsächlich ist es so, daß auch die „nüchtern" gebliebenen Mückenweibchen, die nie in ihrem Leben Blut oder sonstige Nahrung aufgenommen haben, in der Lage sind, entwicklungsfähige Eier abzulegen.

Verantwortlich: Wilhelm Backes, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310626-11/fragment/page=0006

SPD-Polizeipräsident Krüger bestimmt:

Mehr Polizei gegen „lichtscheues Gesindel"!

Das Polizeipräsidium Weißenfels teilt mit, daß die Zahl der für den Straßendienst vorgesehenen Schutzpolizeibeamten erheblich verstärkt werde, da jetzt verschärfter Polizei- und Sicherheitsdienst notwendig sei. Alle Teile des Ortspolizeibezirks sollen mett mehr als bisher von Streifen begangen und unter „polizeilichen Schutz" gestellt werden. Außerdem sollen weitere Beamte der Polizeibereitschaften überraschend eingesetzt werden, „um nach Verbrechern und sonstigen lichtscheuen Elementen zu fahnden".

Ist der Stil des Herrn SPD-Polizeipräsidenten Krüger nicht kennzeichnend? „Verbrecher und sonstige lichtscheue Elemente!" Men meint Krüger damit? Die Arbeiterschaft weiß aus der Praxis, gegen wen die Schutzpolizei eingesetzt wird und für was sie da ist. Wir haben noch nichts davon gehört, daß durch die Tätigkeit der Polizei Einbruchsdiebstähle verhindert worden sind. Mit „sonstigen lichtscheuen Elementen" meint Herr Krüger die Arbeitslosen, die durch Hunger und Not gezwungen werden, sich auf den Feldern etwas zu essen zu holen. Herr Krüger betont nämlich ausdrücklich in seiner Mitteilung, daß auch den Wünschen der Einwohnerschaft auf Flur- und Feldschutz in weitestgehendem Maße entsprochen werde, obgleich diese Tätigkeit nicht zu den offiziellen Aufgaben der staatlichen Polizei gehöre". Was wird also werden? Die Arbeiterfrau, die sich einige Aehren liest oder Kartoffeln auf abgeernteten Feldern stoppelt, sie wird vor den Kadi geschleppt. Vielleicht kommen auch gar Severings gepriesene „schärfere Waffen" zur Anwendung.

Für solche „Dienste" am Proletariat müssen natürlich die Polizeibeamten bei guter Laune erhalten werden. Herr Brüning hat zugestanden, daß eine einzige Ausnahme in bezug auf eine Änderung der Notverordnung durchgeführt werden soll, und das ist: Schutzpolizei und Reichswehr sollen keinen Abbau der Gehälter erleiden. — Es ist ja richtig, der kapitalistische Staat hat es wirklich sehr nötig!

Was sollte wohl werden, wenn selbst seine Büttel rebellieren?

Aus den Knochen der Braunkohlenkumpels werden fette Profite gepreßt

Halle. Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-AG in Halle a. d. S. In der Generalversammlung am Mittwoch wurde, wie WTB-Handelsdienst erfährt, nach den Vorschlägen der Verwaltung Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1930/31 einstimmig genehmigt und beschlossen, eine Dividende von 7 Prozent (i. V. 10 Proz.) auszuschütten.

*

Die ordentliche Generalversammlung der Anhaltischen Kohlenwerk AG, Halle a. d. S., genehmigte — wie WTB-Handelsdienst berichtet — [illegible] und setzte die Dividende auf 5 Prozent fest (Vorjahr 6 Prozent). Ueber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres wurden keine Mitteilungen gemacht.

Kapitalistisches Profitsystem verhindert die Ausnutzung technischen Fortschritts

Meuselwitz. Trotz aller Vorzüge des Schienenautobusses der Meuselwitzer Bahn und der neuesten Versuche der Bahnverwaltung, den Betrieb rentabel zu machen, wird der Wagen so wenig in Anspruch genommen, daß er voraussichtlich doch wieder aus dem Betrieb herausgenommen werden dürfte.

Mordsystem Dorpmüller

Saalfeld. Auf dem Bahnhof Saalfeld wurde der 60 Jahre alte Eisenbahnschaffner Karl Kuffert aus dem Vorort Graba das linke Bein unterhalb des Knies abgefahren. Der Schwerverletzte wurde ins Städtische Krankenhaus übergeführt, wo ihm das Bein amputiert werden sollte. Infolge des starken Blutverlustes ist er jedoch während der Operation gestorben.

Blasse Furcht der kapitalistischen Profithyänen

„Die Jugendlichen müssen den zersetzenden Einflüssen der Straße entzogen werden"

Jungarbeiter, verstärkt den Kampf gegen das drohende Arbeitsdienstpflichtjahr!

Der Merseburger „Korrespondent" berichtet freudig, daß jetzt auch im Geiseltal, genau wie im Bitterfelder Revier, Einrichtungen getroffen worden sind, um den erwerbslosen Jugendlichen Beschäftigung zu geben und sie den „zersetzenden Einflüssen der Straße" zu entziehen. Im Geiseltal sind diese Einrichtungen auf Betreiben der Michel-Werke geschaffen worden. Kriecherisch schreibt der Merseburger Korrüpel, daß die Einrichtung des allerhöchsten Lobes wert sei und daß die Industrie, die die Mehrkosten für diese Art „Jugendwohlfahrt" trage und auch Maschinen und Räume sowie Lehrkräfte zur Verfügung stelle, den Dank der Allgemeinheit verdiene.

Die Industriebonzen, die die Proleten bis aufs Blut ausbeuten, denen der Profit über alles geht, sind nach dem Merseburger Korrüpel auf einmal Menschenfreunde geworden.

Die Arbeiter aber sehen die Dinge mit anderen Augen an. Sie wissen, um was es geht. „Die Erwerbslosen sollen den zersetzenden Einflüssen der Straße entzogen werden." — Sagt dieser Satz nicht allerhand?! Die neueste Notverordnung schaltet die jugendlichen Erwerbslosen zum allergrößten Teil aus der Erwerbslosenfürsorge aus. Die jungen Arbeiter, die gar keine Möglichkeit sehen, dauernde Arbeit zu finden, um nur einigermaßen menschenwürdig existieren zu können, wehren sich gegen das Verhungern. Sie sind noch nicht so müde und abgekämpft wie viele der Alten. Voll und ganz stehen sie auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. Sogar der größte Teil der sozialdemokratischen Jugend lehnt es ab, im Kuhhandel mit den Kapitalisten „Klassenkampf" zu erblicken, wie es die SPD-Führer tun. **Kapitalismus und darum soll mit Hilfe vorstehend gekennzeichneter Einrichtungen der vaterländische Schuldrill, den die Jugendlichen in Volksschule und Fortbildungsschule an sich erleben mußten, fortgesetzt werden. So wird auch der Boden vorbereitet für die Einführung des von den Faschisten seit Jahren geforderten Arbeitsdienstpflichtjahres.**

Vielerorts sind die Arbeitsämter ja auch schon dazu übergegangen, die jugendlichen Arbeiter durch Drohungen mit Unterstützungsentzug zur Teilnahme an diesen „Kursen" zu pressen. Noch immer hat es die herrschende Klasse verstanden, ihren Unterdrückungs- und Ausbeutungsmaßnahmen ein soziales Mäntelchen umzuhängen.

Die jugendlichen Arbeiter dürfen und werden nicht auf die Rattenfängermelodien der Ausbeuter und ihrer Presse hereinfallen. Die jugendlichen Arbeiter wollen keine Wohlfahrtseinrichtungen und keine Arbeitsdienstpflicht, sondern sie fordern Arbeit und Brot.

Der Arbeitsbeschaffungsplan der Kommunistischen Partei zeigt euch den Weg!

Es würde keine Erwerbslosen in Deutschland geben, wenn alle notwendigen Arbeiten, wie Wohnungsbau, Kanalisationsarbeiten, Regulierungs- und Meliorationsarbeiten usw., durchgeführt würden. Der Arbeitsbeschaffungsplan zeigt weiter auf, woher die Mittel für die Durchführung des Planes zu holen sind. Die Ausgaben für die Rüstungen können gespart werden; wegfallen können auch die Ausgaben für die militarisierte Polizei. Die Kürzung der Gehälter und Pensionen über 6000 Mark, Erhebung einer Millionär-, Dividenden- und Tantiemensteuer, Streichung der Subventionen und Osthilfespenden für Industriebonzen und Großagrarier, Erhebung einer besonderen Steuer auf die großen Einkommen.

Das sind die Finanzierungsvorschläge, die die Kommunistische Partei macht.

Arbeiter in Stadt und Land! Eines muß euch allen klar sein: die Kapitalisten werden freiwillig von ihrer Macht, von ihrem ergaunerten Besitz und Profit nichts abgeben. Die bestehenden „Wohlfahrts"einrichtungen und Versicherungen sind nur elende Pflästerchen. Allerdings die SPD-Führer wollen ja den Arbeitern weismachen, daß sie (die Arbeiter) viel zu verlieren hätten. Den Bonzen bedeuten diese Pflästerchen schon viel. (Sie haben ja auch viel zu verlieren — nämlich ihre gesicherte Existenz!) Wir aber sagen: Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, und haben eine Welt zu gewinnen!

Aus dieser fürchterlichen Krise hilft kein Flickwerk, und wenn es noch so gut nach außen aufgemacht ist. Nein, Proleten, es gilt ganze Arbeit zu machen. Die Volksrevolution gilt es vorzubereiten. **Alle Schichten der werktätigen Bevölkerung müssen zu Volksaktionen für Arbeit, Freiheit, Brot und Land mobilisiert werden.**

Jungproleten! Laßt die Beauftragten der Kapitalisten in den Jugendwerkstätten und Lehrkursen allein. Kämpft mit uns gegen Arbeitsdienstpflicht. Reiht euch ein in die rote Kampffront des Proletariats.

„Den Landarbeitern gehts noch gut"

so werden die Ausbeuter sagen, wenn jetzt nicht der

Erntestreik

organisiert und durchgeführt wird. Mobilisiert auch die Mitglieder des DVV für den Streik. Sie gehören in die Reihen des revolutionären Proletariats, zu uns!

Schandschiedsspruch für die Elbschiffer

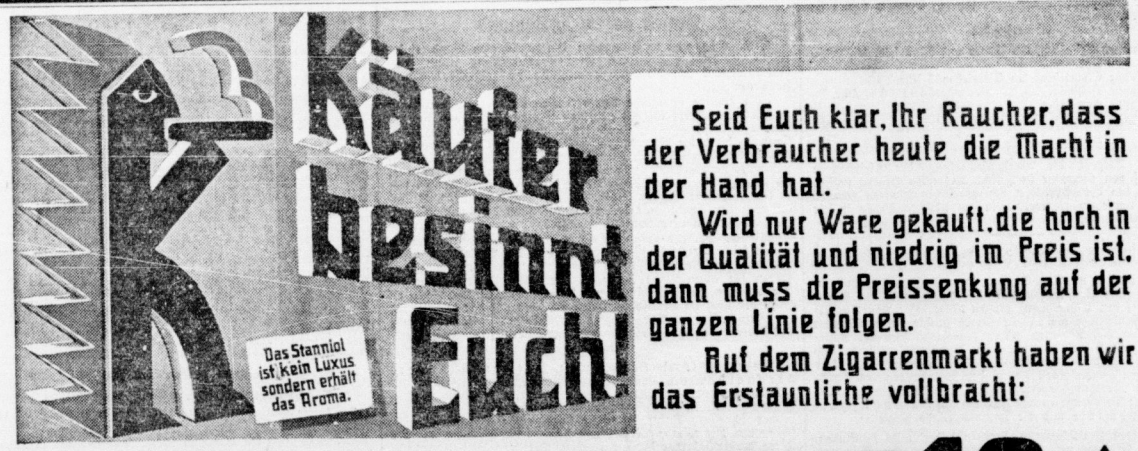
Magdeburg. Die Schlichterkammer fällte unter Vorsitz des Schlichters Dr. Stenzel einen Schiedsspruch für die Elbschiffahrt, der einen zehnprozentigen Lohnabbau für Chargen des in der Binnenschiffahrt des Elbegebietes beschäftigten Personals vorsieht.

[illegible] vor dem Leipziger Schöffengericht

Wird der Justiz endlich mal die Binde von den Augen fallen?

Am Dienstag begann vor dem Gemeinsamen Schöffengericht in Leipzig ein großer Landfriedensbruchprozeß. Wir berichteten schon von den Vorgängen, die zu diesem Prozeß geführt haben. Es war im Juni vorigen Jahres während der Vorbereitungen der Reichstagswahl, als die Nazis, die sich auf einer Propagandafahrt befanden, in großer Ueberzahl eine Truppe unserer Genossen überfielen. Der Ueberfall spielte sich in Eythra bei Leipzig ab und artete in eine regelrechte Straßenschlacht aus. Der Jungarbeiter Franke wurde mit einer Bleikugel von den Nazis viehisch erschlagen, weitere Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Wie üblich, spielen die Nazis die Unschuldigen und geben sich als die Ueberfallenen aus. Der Prozeß wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Ueber den Ausgang desselben werden wir weiter berichten.

Eilenburg. Unfall in der Zelluloidfabrik. In der Deutschen Zelluloidfabrik kam der Arbeiter Paul Uhlig mit dem linken Arm in eine Walze. Der Arm mußte amputiert werden. Der Verunglückte war noch imstande, die Walze zum Stillstand zu bringen, so daß Schlimmeres abgewendet wurde.



Seid Euch klar, Ihr Raucher, dass der Verbraucher heute die Macht in der Hand hat.

Wird nur Ware gekauft, die hoch in der Qualität und niedrig im Preis ist, dann muss die Preissenkung auf der ganzen Linie folgen.

Auf dem Zigarrenmarkt haben wir das Erstaunliche vollbracht:

Dies das Rezept:
37% Havanna
15% Brasil
30% Java
23% Sumatra
Sumatra-Umblatt
Sumatra-Deckblatt

KRENTER INDIANER 10 ₰

Rein Übersee-Zigarre und doch nur

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310626-11/fragment/page=0007

Freitag, den 26. Juni 1931.

Faschismus in Wansleben

A.-K. Wansleben. Die Kommunistische Partei darf in Wansleben keine öffentliche Versammlung mehr abhalten. Jede angemeldete Versammlung wird verboten. Auch die für den 24. Juni angekündigte Versammlung ist verboten worden. Wir wissen, wer daran schuld ist. Niemand anderes als unsere Herren Landjäger Geyer und Pfeifer, denn sie haben sich ja geäußert: „Wenn wir wollen, dürft ihr keine Versammlung mehr abhalten!" Aber nur Geduld. Vorläufig könnt ihr noch verbieten. Aber was heißt überhaupt verbieten? **Uns könnt ihr nicht verbieten.** Das beweist das immer stärkere Anwachsen der KPD am Ort. Jede Woche 10—13 Aufnahmen für die Partei. Weiter so, Genossen! Nicht 10 und 13, sondern **Verdoppelung der Ortsgruppe ist unser Ziel.** Das soll unsere Antwort sein auf das Verbot.

Weißenfels-Zeitz

Der Sklavenaufseher

A.-K. Jaucha. Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Meißner sandte das nachfolgende Schreiben an seinen eigenen Parteigenossen:

„**Gemeinde Jaucha. Der Gemeindevorsteher.**

Jaucha, den 19. Juni 1931.

An den Wohlfahrtserwerbslosen Bruno Meyer.

Da Sie in der Woche vom 7.—13. Juni nur 10¼ Stunden Pflichtarbeit geleistet haben und Sie der Aufforderung, für die fehlende 1¼ Stunde die Straße zu kehren, nicht nachgekommen sind, fordere ich Sie hiermit auf, Sonnabend, den 20. Juni, die Straße am alten Denkmal zu kehren und somit die fehlende 1¼ Stunde von voriger Woche nachzuholen, widrigenfalls die Unterstützung gesperrt werden muß.

Stempel: Gemeinde Jaucha (Kreis Weißenfels).
Der Gemeindevorsteher: Meißner."

Schon einmal hat er dem Wohlfahrtsempfänger Meyer 5 Mark von seiner Unterstützung abgezogen. Auf Anweisung des Landrates mußte er sie wieder auszahlen. Jetzt liegen die Tatsachen so, daß Meyer nicht 1¼ Stunden zu wenig gearbeitet hat, sondern 4 Stunden zuviel. Aber das hat Meißner in seiner grenzenlosen Wut, die er auf seinen Genossen Meyer hat, vergessen.

Sämtliche Pflichtarbeiter müssen sich gegen derartige Sklavenhaltermanieren durch Streik zur Wehr setzen. Die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen an diesem kleinen Beispiel wieder, daß sie in dieser volksfeindlichen Partei nichts mehr zu suchen haben. Auch sie müssen den Schritt tun, den so viele ihrer Genossen getan haben. Auch sie müssen in die Kommunistische Partei eintreten.

Rössuln. Sieg der Liste der proletarischen Freiletarischer [illegible] fand in Rössuln die Neuwahl des hielten 36 Stimmen und 3 Mandate, die [illegible] eingegangen: Pro- 2 Mandate. Die Sozialdemokraten hatten nicht den Mut aufgebracht, eine Liste aufzustellen. Leider haben immer noch viele Arbeiter ihre Stimme der reaktionären Liste gegeben. Ein großer Teil der Arbeiterschaft hat überhaupt nicht gewählt.

Großkayna. Urteil des Amtsgerichts Halle. In der Strafsache gegen den Reporter Franz Rademacher in Großkayna wegen Beleidigung hat das Amtsgericht in Halle (Saale) am 28. April 1931 zu Recht erkannt: Der Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung des Amts- und Gemeindevorstehers Krolack in Könderitz-Etzoldsheim schuldig und wird deswegen mit einer Geldstrafe von 100 Mark, hilfsweise 10 Tage Gefängnis, bestraft. Dem Beleidigten wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung innerhalb 6 Wochen nach Rechtskraft auf Kosten des Angeklagten einmal im „Klassenkampf" zu veröffentlichen. Der Strafbefehl ist rechtskräftig seit dem 12. Mai 1931.

Mansfeld-Sangerhausen

Mansfeld tritt zur Landagitation an

Alle Parteigenossen der Straßen- und Betriebszellen, der Jugend und des Kampfbundes beteiligen sich am Sonntag restlos an der Landarbeit.

Abmarschplan

Ortsgruppen Leimbach, Großörner und Mansfeld: Ab Leimbach 6.30 Uhr.
Ortsgruppe Siersleben: Ab Siersleben 7 Uhr.
Ortsgruppe Hettstedt: Ab „Hohenzollernpark" 6.30 Uhr.
Ortsgruppe Ermsleben: Ab Ermsleben 7 Uhr.
Ortsgruppe Meisdorf: Ab Meisdorf 7 Uhr.
Ortsgruppe Wiederstedt: Ab Wiederstedt 7 Uhr.
Ortsgruppe Molmeck schließt sich Hettstedt an.

Genossen! Vergeßt die Adressensammlung der Kleinbauern nicht. Verkauf von Literatur ist Pflicht. Auf allen Gütern müssen Delegierte zu den bevorstehenden Landarbeiterkonferenzen gewählt werden. Die Konferenzorte **werden in den nächsten Tagen in der Presse bekanntgegeben.**

Kurs auf das Dorf

A.-K. Erdeborn. Am Sonnabend und Sonntag fand in Erdeborn ein rotes Landtreffen statt. Die Kundgebung am Sonnabend fand bei den Einwohnern großen Widerhall. Den Ausführungen des Genossen Schneider wurde größte Aufmerksamkeit geschenkt. Ueber 400 Personen waren anwesend. Nach der Kundgebung fand ein Fackelzug statt. Am Sonntag beteiligten sich 420 Personen an der Demonstration. Der Genosse Kölliter sprach über den gemeinsamen Kampf der Kleinbauern und Landarbeiter gegen die Ausplünderung durch die Großagrarier. Begeistert stimmte die Menge in das Hoch ein auf den Bund schaffender Landwirte und die Kommunistische Partei.

Die geplanten Freilichtszenen konnten leider nicht stattfinden, da die Roten Stürmer von Hettstedt verhindert waren. Wir versprachen der Einwohnerschaft, im Juli die ausgefallenen Freilichtspiele unbedingt nachzuholen.

Es wurden über 100 Broschüren verkauft, 5 Parteimitglieder und 1 RGO-Mitglied geworben.

Wir werden in Erdeborn Schritt für Schritt an Boden gewinnen. Trotz allen Geschreis der Auchkommunisten wird die Ortsgruppe der KPD vorwärtsstürmen. Das Vertrauen der Einwohnerschaft gehört den ehrlichen Kommunisten und nicht den Schreiern, die den Nazis die Hand reichen können. **Vorwärts für Arbeit, Boden, Brot und Freiheit!**

Im Zeichen des Arbeitsbeschaffungsprogramms

Merseburg. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Kommunistischen Partei hat auch im bürgerlichen Lager revolutionierend gewirkt und veranlaßt die bürgerliche Presse, sich eingehend mit den Fragen der Arbeitsbeschaffung zu beschäftigen. Der „Merseburger Korrespondent" stellt einen großzügigen Arbeitsbeschaffungsplan für den Kreis Merseburg zur Diskussion.

An erster Stelle wird vorgeschlagen, den Bau der Strecke Kreypau—Leipzig des Mittellandkanals vorwärtszutreiben. Der Bau dieses Teils soll gleichzeitig mit der Hauptstrecke durchgeführt werden. Da der Magistrat von Merseburg im Saale-Kanalbauverein führend tätig ist, muß erhöhte Aktivität in dieser Richtung von ihm verlangt werden. Eine weitere Arbeit, bei der viele Hände beschäftigt werden können, ist der viergleisige Ausbau der Bahnstrecke Halle—Merseburg—Weißenfels. Im Anschluß an den Umbau des Bahnhofes Halle liegt es nahe, diese Arbeit durchzuführen.

Der Landkreis Merseburg kämpft seit Jahren um die Melioration der Elster-Lupper-Aue. Es handelt sich um die Gewinnung wertvollen Acker- und Weidelandes. In Verbindung damit steht die Frage der Vereinigung der Weißen Elster und ihrer Nebenläufe. Zur Durchführung dieser dringend notwendigen Flußreinigungen ist die Bildung einer überstaatlichen Wassergenossenschaft zwischen Preußen, Thüringen und Sachsen notwendig. Die rasche Durchführung dieser Maßnahmen ist nötig, damit die Flußanlieger von Adorf bis Ammendorf nicht länger unter den verpestenden Wirkungen des verunreinigten Flusses zu leiden haben.

Auch in der Stadt Merseburg selbst fehlt es nicht an großen Aufgaben. Mittelschulbau, Straßenbau, Wohnungsbau bieten reichliche Arbeitsmöglichkeit.

Die Durchführung all dieser Projekte, die zum Teil schon lange geplant sind, scheitert an der Finanzierungsfrage. Und hier kann die bürgerliche Presse keinen Ausweg zeigen. Die Finanzierung all dieser Arbeitsmöglichkeiten kann nur auf dem Wege geschehen, den das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Kommunistischen Partei aufzeigt:

Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke und für die militarisierte Polizei.

Kürzung der Gehälter und Pensionen der oberen Beamten. Streichung aller Zuschüsse für die Kirchen.

Erhebung einer Millionärsteuer, Besteuerung von Dividenden und Aufsichtsratstantiemen, Sondersteuer auf die großen Einkommen.

Offenlegung der Steuerlisten.

Diese Maßnahmen werden natürlich vom bürgerlichen Staat nicht durchgeführt. Nur im schärfsten Kampf kann das Proletariat diese Finanzierung der Arbeitsbeschaffung ermöglichen und damit für Millionen darbende Proletarier, Frauen und Kinder Arbeit und Brot schaffen.

Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen und Jungarbeiterinnen!

Heraus zur

Unterbezirks-Delegierten-Konferenz der werktätigen Frauen

Für den Unterbezirk Bad Liebenwerda in Biehla am Sonntag, dem 28. Juni, vormittags 9.30 Uhr, im Lokal Loose.

Für den Unterbezirk Sangerhausen in Sangerhausen am Sonntag, dem 28. Juni, vormittags 9 Uhr, im Lokal „Tivoli".

Alle Ortsgruppen und proletarischen Massenorganisationen müssen zu dieser Konferenz Delegierte senden.

Trotz Pflästerchen wird das Loch größer

A.-K. Merseburg. Aus den Mitteln, die durch die Notverordnung aus den Werktätigen herausgepreßt werden, soll den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen, einige Erleichterungen gebracht werden. Daß das aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, geht aus den Zahlen für den Landkreis Merseburg hervor, die jetzt bekannt werden. Nach vorläufigen Berechnungen kann der Landkreis Merseburg mit einem Zuschuß von 400—450 000 Mark rechnen. Der Landkreis Merseburg hat aber trotz Anspannung aller Steuerquellen ein Defizit von 1 224 580 Mark. Dazu kommen die Fehlbeträge der einzelnen Gemeinden. Die rasche Vermehrung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen wird das Loch im Säckel des Kreises und der Gemeinden weiter vergrößern. Der Bankrott der unteren Zellen des kapitalistischen Staatsapparates wird also auch durch dieses Pflästerchen der Notverordnung nicht aufgehalten.

Die Jugend reist

A.-K. Ermlitz. Die Ortsgruppe Ermlitz des KJVD hatte für Freitag, den 5. Juni, in Röglitz eine Versammlung angesetzt, die nicht stattfinden konnte, weil der Referent verhindert war. Wenn nun in dem Schmierblättchen des Herrn Maaß in Schkeuditz (SPD) von einer großen Pleite des KJVD Ermlitz gesprochen wird, so können wir ihm beweisen, daß bestimmt mehr Jungarbeiter erschienen waren als bei der SAJ.

Wir werden es erneut beweisen am Sonnabend, dem 4. Juli. An diesem Tag findet in Röglitz bei Zander eine öffentliche Einwohnerversammlung statt. In dieser Versammlung wird das ehemalige SAJ-Mitglied Genosse Otto Sauer, Theissen, sprechen. Alle SPD-Arbeiter und SAJler fordern wir auf, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Wohlfahrtsamt Sangerhausen blamiert

A.-K. Sangerhausen. Das hiesige Wohlfahrtsamt hatte unserem Genossen Karl Wiebach die Unterstützung entzogen, weil es annahm, daß der Genosse einen Verdienst bei der Herausgabe unserer Ortszeitung „Alarm" habe.

Die Ortsgruppe der KPD wandte sich mit einem Schreiben an den Magistrat der Stadt und bewies an Hand von Belegen das Gegenteil. Daraufhin mußte der Magistrat bzw. das Wohlfahrtsamt die zu Unrecht entzogene Unterstützung an den Genossen K. W. wieder auszahlen. Der Wohlfahrtsdezernent Stadt-„rat" Lademann, der unseren Genossen Wiebach wirtschaftlich schädigen wollte, ist abgerutscht.

Worüber man in Wettelrode lacht

A.-K. Sangerhausen. Hakenkreuzjünglinge vertreiben ihre Zeit damit, indem sie ihr arisches Zeichen an die Häuser schmieren. Mit Vorliebe benutzt man zu dieser „Arbeit" vor allem

---

Die Sonderseite

Das werktätige Dorf

erscheint morgen und bringt wichtiges Diskussionsmaterial für Kleinbauern und Landarbeiter

---

das Haus unseres Genossen T. E. Nun aber prangt an einer Stelle des Dorfes ein Plakat, worüber das ganze Dorf lacht. Das Plakat trägt folgende Aufschrift: „Von der Ostsee bis zur Schweiz — erkennt man das Rindvieh am Hakenkreuz!"

Protest gegen Rentenraub

A.-K. Eisleben. Eine vom Internationalen Bund einberufene, gutbesuchte öffentliche Rentnerversammlung nahm nach einem Referat des Genossen Paul Müller folgende Entschließung an:

„Die heutige öffentliche Rentnerversammlung im „Volkshaus" zu Eisleben erhebt hiermit schärfsten Protest gegen den Rentenraub bei der Reichsknappschaft sowie in der übrigen Sozialversicherung durch die Notverordnung. Durch diesen Rentenraub werden weitere Tausende und aber Tausende weit unter das Existenzminimum herabgedrückt und dadurch zur Verzweiflung getrieben. Es ist anzunehmen, daß dieser Abzug erst ein Anfang ist und daß in Kürze weitere Abzüge folgen werden. Wir machen den Reichsausschuß der Knappschaft darauf aufmerksam, daß wir ihn für sämtliche Folgen verantwortlich machen.

Wir als Rentner verpflichten uns, mit allen Rentnerorganisationen sowie gemeinsam mit dem schaffenden Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei den schärfsten Kampf zu führen für ausreichende Rente, für genügende Unterstützung der Erwerbslosen, für Beschaffung von Arbeit sowie für ausreichenden Lohn der noch im Betrieb stehenden Proleten und für Beseitigung der Notverordnung. Wir kämpfen für Erhaltung unserer Existenz und Lebensberechtigung als Rentner und Unterstützungsempfänger."

Breitenbach (Kreis Sangerhausen). Mit dem Fuhrwerk verunglückt. Ein Landwirt aus Breitenbach verunglückte an der Thomaslehde auf steiler Straße mit seinem Fuhrwerk. Der Wagen geriet, da die Pferde ihn nicht mehr halten konnten, in immer schnellere Fahrt, überfuhr dann einen Kieshaufen und schlug um. Die Pferde stürzten und brachen die Beine. Eines der Tiere mußte sofort erschossen werden. Der Landwirt trug Verletzungen an Arm und Bein davon.

Bitterfeld-Wittenberg

Die Arbeitsmarktlage

im Bereich des Arbeitsamtsbezirks Wittenberg (Bezirk Halle) für die Zeit vom 1.—15. Juni

Die Arbeitsmarktlage im Bezirk des Arbeitsamts Wittenberg (Bezirk Halle) war auch in der Berichtszeit nur unwesentlich verändert. Von einer Besserung kann kaum gesprochen werden. Die Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen verringerte sich um 85. Wie in der Vorberichtszeit, war von einer nennenswerten Aufnahmefähigkeit nichts zu merken. In den Außenberufen, besonders im Baugewerbe, war die Lage nach wie vor recht uneinheitlich. Mit einer allgemeinen Besserung der Arbeitsmarktlage dürfte auch in der nächsten Zeit nicht zu rechnen sein.

Insgesamt wurden am Schlusse der Berichtszeit 5891 Arbeitsuchende gezählt, während am gleichen Tage des Vorjahres nur 3460 (—2431) gemeldet waren.

Die Domäne Pretzsch am Pranger

[illegible] die roten Sportler in Pretzsch ein Werbesportfest, verbunden mit einem wuchtigen Aufmarsch. Die Mädels und Burschen von der Domäne Pretzsch hatten es sich nicht nehmen lassen, dem Sportfest und der Demonstration beizuwohnen. Als dies der „gnädigen Frau" zu Ohren kam, ist sie natürlich sehr empört gewesen. Sie soll sämtliches Personal zusammengerufen und den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen Vorhaltungen gemacht haben: Es gehöre sich nicht, bei die rote Bande zu gehen und außerdem wolle sie allen Eltern des Personals über deren Verhalten schreiben. Das soll sie nur ruhig tun, denn wir sind überzeugt, daß die Arbeitereltern vollkommen damit einverstanden sind, wenn ihre Kinder sich der roten Front anschließen und daß sie der „Gnädigen" die gebührende Antwort erteilen werden.

Wir roten Sportler können es verstehen, daß diesen Herrschaften das Zittern ankommt, wenn sie den Massenschritt der Proleten hören. Sie sind ja nur diejenigen, die sich durch die Ausbeutung anderer ihren Reichtum ergaunert haben. Nun sitzen sie auf ihrem Profit und nehmen dem Aermsten noch das Letzte.

Es ist aber noch nicht aller Tage Abend, ihr Krautjunker. Die „rote Bande" wird ihren Einfluß verbreitern und vertiefen, wird euch mit allen anderen Ausbeutern wie eine Welle überfluten und hinwegschwemmen. Dann helfen wir roten Sportler und auch eure jetzigen „Untergebenen" mit aller Kraft am Aufbau des Sozialismus.

Braunsdorf. Vom Baume gestürzt. Auf dem hiesigen Sportplatz stürzte ein neunjähriger Junge infolge Astbruches von einem Baume ab und brach sich dabei beide Arme. Der Junge wurde ins Krankenhaus gebracht. Für die betreffende Familie ist das ein doppeltes Unglück, da sich die Mutter bereits dort befindet.

Rundfunk-Programm

Sonnabend, den 27. Juni

6.30 Uhr: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert (Schallplatten). 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst, Verkehrsfunk und Tagesprogramm. 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk-AG. 12 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12.05 Uhr: Bandoneonmusik (Schallplatten). 12.25 Uhr: Schulfunk. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Wunschprogramm (Schallplatten). 14.30 Uhr: Bastelstunde für die Jugend. 15.15 Uhr: Das Thomas-Münzer-Festspiel in Bad Frankenhausen. 15.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Stunde der Jugendlichen: Mit 4 PS und Kleppverzelt in die Ferne. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.30 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. Anschließend bis 17.45 Uhr: Funkhilfe. 18 Uhr: Funkbastelstunde. 18.15 Uhr: Deutsch. Studentendeutsch. 18.35 Uhr: „Neuruppin". 18.50 Uhr: Wir geben Auskunft ... 19 Uhr: Grenzgebiete der Naturwissenschaften. 19.30 Uhr: Werner Finck vom Berliner Kabarett „Katakombe" mit eigenem Programm. 20.20 Uhr: Tänze und Schlager: 1. Alte Tänze; 2. (21.10 Uhr): Operettenschlager; 3. (22.40—24 Uhr: Moderne Tanzmusik. Dazwischen 22.20 Uhr: Nachrichtendienst.

Aus dem Geschäftsverkehr

Hier wird fieberhaft gearbeitet

Das können wahrlich nicht viele Unternehmungen in Deutschland von sich sagen, trotzdem sie den besten Willen dazu haben. In der glücklichen Lage, Tausende von Arbeitern Beschäftigung zu geben, befinden sich die Krenter Zigarren-Werke. In den Werken in Döbeln in Sachsen und in Nußloch bei Heidelberg werden Tag für Tag Millionen Zigarren in der Hauptpreislage von 10 Pf., eine wie die andere gleich schwer, gleich gut und gleich schön hergestellt.

Die richtige Einstellung zur Wirtschaftslage brachte dem Unternehmen einen einzig dastehenden Erfolg. In Sachsen und Berlin haben sich die Raucher an die „Indianer", diese preiswerten reinen Uebersee-Zigarren für 10 Pf., gewöhnt. Das Ausland fragt in immer stärkerem Maße nach der deutschen Marke. Nach Schweden, Dänemark und Norwegen, Abessinien, Niederländisch-Guinea und nach dem vatikanischen Staat werden die Krenter-Zigarren exportiert. Bevor jedoch nicht die bisher noch unbelieferten Teile von Deutschland mit den viel verlangten Krenter-Zigarren versorgt sind, können die Krenter-Werke das Auslandsgeschäft noch nicht so stark pflegen, wie sie es im Interesse der deutschen Handelsbilanz wollen. Doch bald werden sie hierzu in der Lage sein, denn ständig werden die beiden Fabriken vergrößert und die Herstellungsmethoden vervollkommnet. Der deutsche Raucher aber wird mit Befriedigung davon Kenntnis nehmen, daß er diese reinen Uebersee-Zigarren zu dem kaum glaubhaften Preise von 10 Pf. stets und ständig erhält.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310626-11/fragment/page=0008

Aus dem Saalkreis

Landarbeiterkonferenzen

Bisher sind folgende Konferenzlokale gemeldet:

Lieskau: Lokal Seibicke, Lieskau.
Beesenstedt: Beim Genossen Franz Richter.
Alsleben: Lokal August Beinhorn.
Könnern: „Bürgergarten".
Ammendorf: „Dreierhaus".
Löbejün: „Goldener Löwe".
Oppin: „Freiheit".
Wettin: „Goldener Stern".

[illegible] den übrigen Konferenzorten müssen die Lokale sofort gemeldet werden. Die Konferenzen beginnen alle um 10 Uhr.

An alle Ortsgruppen des Kampfbundes im Saalkreis!

Werte Kameraden!

Die für Sonnabend, den 27. Juni, angesetzte UB-Führertagung findet nicht an diesem Tage, sondern am Dienstag, dem 30. Juni, 16.30 Uhr, im AAB, Landsberger Str. 13, statt. Die Pol- und Org-Leiter der Ortsgruppen haben zu erscheinen.

Mit Sturmbereit!

Bezirksverbandsführung des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Heraus zum Solidaritätstag in Ammendorf

Am Sonntag, dem 28. Juni, findet der Internationale Solidaritätstag der IAH in Ammendorf im „Elstertal" statt. An diesem Tage demonstrieren alle Werktätigen von Ammendorf gegen Faschismus und Sozialfaschismus, gegen Kultur- und Sozialreaktion, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für proletarische internationale Solidarität, für Arbeit, Freiheit und Brot! Mit dem Internationalen Solidaritätstag ist gleichzeitig ein Kindertreffen verbunden, an dem sich die IAH-Pioniere aus Weißenfels, Merseburg und Halle beteiligen. Alle proletarischen Organisationen in Ammendorf nehmen geschlossen an der Veranstaltung teil.

Abmarsch zur Demonstration 14 Uhr auf dem Fichteplatz. — Die beliebte Agitproptruppe „Alarm" (Halle) spielt ihre neuesten Szenen. Für Kinderunterhaltung durch politisches Kasperletheater u. a. ist ausreichend gesorgt. — 20 Uhr findet ein Lichtbildervortrag, gehalten vom Architekten Martin Knauthe (Halle), der zu Studienzwecken in der Sowjetunion gewesen ist, mit selbstaufgenommenen Bildern über „Neues aus der Sowjetunion" statt. Solidaritätsplaketten berechtigen zum Eintritt, für Kinder 5 Pf., für Erwerbslose 10 Pf. und für Vollarbeiter 20 Pf. Besorge dir noch heute eine Plakette! Beteilige dich am Solidaritätstag der Internationalen Arbeiterhilfe! Arbeite mit am Werke der proletarischen Solidarität! Stärke die Proviantkolonne des kämpfenden Proletariats!

[illegible] Jahre Zuchthaus für den Zappendorfer Mord

Am 17. März d. J. wurde die 22jährige Marta Stößel, Zappendorf, im Stalle erhängt aufgefunden. Der 22jährige Martin Fischer, Eisdorf, der mit dem Mädel verkehrte und von dem die Marta Stößel bereits schon ein Kind hatte, stand vor dem Schwurgericht, wo er sich wegen Totschlags zu verantworten hatte. Der Angeklagte schildert die Tat und ihre Motive:

Er lernte auf dem Tanzboden in Zappendorf Marta Stößel kennen. Das entstandene Verhältnis blieb nicht ohne Folgen. Aber da die Marta Stößel nach der Meinung von Fischer auch mit anderen Männern verkehrte, kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen, die aber stets wieder geschlichtet wurden. Im Februar, sagt Fischer, habe seine Braut von ihm zweimal den Beischlaf gefordert, dadurch will er [illegible] sich seine Braut wieder schwanger fühlte. Er will in der fraglichen Zeit keinen Verkehr gehabt haben und so der Meinung gewesen sein, daß ein anderer mit seiner Braut verkehrt habe. Es entwickelten sich Streitigkeiten, weil seine Braut von ihm stets die

---

Die beste Waffe

im Kampf gegen weitere Verelendung des Landproletariats gegen Lohnraub, für Lohnerhöhung

ist der Erntestreik

Nicht warten dürfen wir, sondern jetzt heißt es,

Kampf organisieren und durchführen!

Heirat verlangte, denn ihre Mutter habe ihr gedroht, daß sie hinausgeworfen werde, wenn nicht die Heirat zustandekommt. Fischer versprach auch, später die nötigen Papiere zu besorgen. Dann kam der 17. März, der für Fischer ein schwarzer Tag werden sollte. Er hatte Sonntags versprochen, die Papiere beim nächsten Male mitzubringen. Weil er dies aber nicht getan hatte, kam es zu Streitigkeiten. Diese wurden wieder geregelt, denn Marta Stößel gewährte ihm noch eine halbe Stunde vor der Tat den Beischlaf. Fischer, der sich vorher nach Zeugenaussagen einen Strick besorgt hatte, machte eine Schlinge, legte sie im Stalle seiner Braut um den Hals und erdrosselte sie. Um Selbstmord vorzutäuschen, hängte er die Leiche auf.

Das Schwurgericht, das von 9—20 Uhr tagte, fällte das obige Urteil.

So verwerflich die Tat ist, so sind die Motive aus den heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen hervorgegangen. Der bankrotte kapitalistische Staat kann seine Sklaven nicht mehr ernähren, und so wird auch jedes Kind, das bei Arbeiterfamilien erwartet wird, mit Haß erwartet.

Diese **Umstände machen viele Arbeiter und Arbeiterfrauen zu Verbrechern.**

Fischer ist bis heute nicht bestraft und als ein sehr ruhiger, fleißiger Mensch bekannt. Durch seine Bestrafung werden die Voraussetzungen zu neuen Verbrechen dieser Art nicht beseitigt. Erst ein sozialistischer Staat wird Verhältnisse schaffen, in denen die Menschen nicht zu solchen Verbrechen getrieben werden.

Modelwitz. Balalaika- und Mandolinenkonzert des WB „Edelweiß" (Mitglied der „Jfa") morgen Sonnabend, den 27. Juni, 19 Uhr, im „Gasthof zur Landesgrenze". Eintritt Vollarbeiter 40 Pf., Erwerbslose 25 Pf.; an der Abendkasse je 30 Pf. Alle Einwohner der umliegenden Orte werden um Unterstützung ersucht.

Lieskau. Stahlhelmschandtat. Der Inspektor Schröder hat wiederholt einen Jungarbeiter mit dem Hackenstiel geschlagen mit der Begründung, er sei zu spät zur Arbeit gekommen oder habe etwas verkehrt gemacht. Die Jungproleten schließen sich zusammen in der roten Front und lassen sich die Prügelei nicht länger gefallen.

Möglich. Kind tödlich verbrüht. Das dreijährige Kind des Arbeiters A. fiel in eine Wanne kochenden Wassers, so daß es noch am selben Tage starb.

Verantwortlich: Bruno Rothe, Halle, für Politik, Lokales, Saalkreis und [illegible]; Ella Seidel, Halle, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, Betriebe und Gewerkschaften; Arthur Burkert, Halle, für Anzeigenteil.

Spartakiadelauf durch Halle

Sonnabend, den 4. Juli, vormittags 10.15 Uhr, auf dem Roßplatz kurze Kundgebung

Von dem großen Sternlauf zur Spartakiade, welcher vom Ausland durch Deutschland geführt wird und einen Gruß aller roten Sportler der Welt an die Sowjetunion darstellt, durchgehen zwei Staffeln, von den acht großen Staffeln, unseren Bezirk. Beide treffen am

Sonnabend, 4. Juli, 10.15 Uhr, auf dem Roßplatz

zu gleicher Zeit ein. Daselbst findet die Einzeichnung der beteiligten Vereine, welche aktiv an der Beförderung der Stafette teilnehmen, in die dem Stafettenstab eingelegte Urkunde, welche nach Moskau weitergeleitet wird, statt. Ebenso kurze Ansprache eines Vertreters der Landesleitung für rote Sporteinheit. Die Beförderung der Stafetten wurde von den Vereinen mit Begeisterung aufgenommen. Folgende Straßen werden in Halle berührt: Merseburger, Magdeburger Straße, Roßplatz, Mansfelder Straße, Herrenstraße, Moritzzwinger, Waisenhausring, Preußenring, Magdeburger Straße, Roßplatz, Berliner Straße, Diemitz.

Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit.

Letzte Anweisungen zu den Staffelläufen quer durch Halle

Große Staffel: Alle angeführten Staffelvereine haben bestimmt 8 Läufer (einschließlich Ersatz) an den betreffenden Stellplätzen zu stellen und melden sich spätestens 9¼ Uhr bei den zuständigen Wechselordnern, wo auch die Nummernausgabe erfolgt. Am Start — Trothaplatz — Genosse Fathke als Starter, Genossen F. Franke und F. Hübler als Zeitnehmer. Erster Wechsel: Reilstraße, Ecke Kurallee, Genosse Beitz sowie ein Ordner von Giebichenstein; 2. Wechsel: Mühlweg, Ecke Advokatenweg, Genosse Wabbel sowie ein Ordner von Teutonia. Zielrichter Genossen Kretschmann und Goldhahn (Achilles). Stoppuhren stellen F. Franke 2, Kartell 1 und Achilles 1.

FSV-Staffel: Je zwei Starter und Zielrichter ausschließlich Ordner sowie zwei Stoppuhren stellt FSV selbst.

Großer Einzellauf: Starter Genosse Bezold. Je einen Ordner stellen folgende Vereine: 1. Kontrolle: Merseburger, Ecke Königstraße (Atlas); 2. Kontrolle: Riebeckplatz, Ecke Frankestraße (Sportbrüder); 3. Kontrolle: Waisenhausring, Ecke Rannische Straße (ASC); 4. Kontrolle: Waisenhausring, Ecke Hallorenring (ASV).

Spartenleitung: Schönfeld, Fathke.

Großkampftag auf der Peißnitz

Am Sonntag, dem 28. Juni, stehen sich auf der Peißnitz ASC und Atlas mit fünf Mannschaften gegenüber. Ab 12 Uhr werden sich die Spiele der Schüler, Jugend- und Alters-Mannschaften abwickeln. Das interessanteste Treffen steigt 17 Uhr zwischen den Alten Sportlern und Spielmannszug beider Vereine. Unter Leitung des schon öfters bewährten Schiri Böhme sen. werden hier die Pauken- und Pfeifenmänner eine präzise Ballbehandlung aufzeigen. Atlas hat die Elf durch Ringer, Boxer und Stemmer verstärkt. Bei ASC will der alte Schustermeister den Laden schmeißen. Eine Voraussage des Resultats heute zu fällen, wäre übereilt.

Bezirk Halle, Fußballsparte

Folgende Vereine haben umgehend die Mitgliedsbücher dem Bezirk zur Abfertigung vorzulegen: Alsleben, Beesedau, Priester. Die Abstempelung muß spätestens bis zum Montag, dem 6. Juli 1931, in der Geschäftsstunde erledigt werden. Sollten die angeführten Vereine bis dahin nicht dergleichen tun, wird vom Bezirksvorstand über diese Vereine von diesem Tage an Spielsperre verhängt. Ebenfalls müssen die Vereine, welche Schülermannschaften im Spielbetrieb haben, nun aufs schnellste dieselben beim Bezirk melden. (Mit Paßbild.) Bei den Serienspielen ohne Mitgliedsbücher mit abgestempeltem Paßbild keine Spielberechtigung. Sonst Punktverlust. Damit die Vereine vor Komplikationen bewahrt werden, mögen dieselben dieser Aufforderung Folge leisten.

Schönfeld, Beitz.

Keglersparte, Bezirk Halle

Am Montag, dem 29. Juni, 20 Uhr, findet im Restaurant „Zur Sonne", Richard-Wagner-Straße, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Da eine äußerst wichtige Tagesordnung vorliegt (Spartakiadeverbot usw.), ist es dringend notwendig, daß jeder Sportgenosse erscheint.

Gleichzeitig müssen an diesem Tage alle im Umlauf befindlichen Listen, sowie Sparmarken abgerechnet werden.

Die Börse findet wie immer von 19—20 Uhr im gleichen Lokal statt.

Spiele: Freiheit 400,9 Punkte—Freie Kegelschwestern 400,7 Punkte. Dreikampf: Teicha 872 Punkte, Kegelbrüder Halle 328,8 Punkte, Nehlitz 817,5 Punkte gleich ein Plus von 54,5 Punkte für Teicha. Freie Neune 686,7 Punkte—Halle Süd 626,1 Punkt.

Die Fußballer in Halle

Eine Anzahl guter Fußballspiele finden kommenden Sonntag in Halle statt. Auf dem ASV-Platz am Gimmritzer Damm spielen 17 Uhr Minerva 1—Cröllwitz 1. Ebenfalls 17 Uhr treffen sich auf der Peißnitz Giebichenstein 1—Sportbrüder 1. Beide Mannschaften sind sehr im Kommen. In Trotha ist Großkampftag zwischen Trotha 1—Lettin 1. Zwei harte Gegner, wo man auf gute Leistungen rechnen kann.

Großkampftag der Schwerathletik in Holzweißig

Sonntag, den 28. Juni, 15 Uhr, im Lokal Bischof

Gewichtheben:

Adler-Holzweißig — Nordwest-Berlin

Landesmeister 30/31 — Reichsmeister 30/31

Boxen: Adler-Holzweißig—Eiche-Wittenberg

Großer Spielbetrieb im Bezirk

Ueberall rüsten die Sportler zur Spartakiade in Berlin. Kommenden Sonntag finden eine große Reihe Veranstaltungen statt, wo eine besser aufgezogen ist als die andere. Ueberall muß eine intensive Werbearbeit zur Spartakiade einsetzen. Alle Sportler müssen agitieren, damit die nunmehr wieder freigegebene Spartakiade von unserem Landesgebiet zahlenmäßig gut besucht wird.

Fußballsparte Bezirk Weißenfels

Sonntag, den 28. Juni, Bezirksspartakiade in Weißenfels. Jeder Verein muß [illegible] nehmen. Alle Genossen treffen sich 12 Uhr in Sportkleidung auf der Promenade. Umkleidelokal: „Weste", Hohe Straße und 93-Turnhalle. Früh 8 Uhr leichtathletische Wettkämpfe. Genossen Fußballer beteiligt euch daran.

180	10 Uhr	Jgd.-Fußball Naumburg—Taucha	Schiri 93
181	16 „	Theißen 1—Osterfeld 1	Schiri Union
182	½18 „	Union 1—Dehlitz-Lösau 1	Schiri 93

Zum Spiel 180 stellt 93 Bälle und Linienrichter, 181, 182, Union.

Sonnabend, 27. Juni

177	½18 Uhr	Mutschau 2—Taucha 2	Kloße, Kretzschau
178	19 „	Mutschau 1—Taucha 1	Kloße, Kretzschau

Albert Holzschuh, Bezirksleiter.

Bezirksspartenfest am 6. September 1931 in Halle

An alle Vereine!

An diesem Tage ist Gesamtbezirksspielverbot. Jeder Verein ist verpflichtet, geschlossen in Sportkleidung in Halle mit aufzumarschieren. Der Plakettenpreis ist obligatorisch und beträgt für Vollarbeiter 30 Pf., für Erwerbslose, Jugendliche und Schüler 10 Pf. Die Plaketten gehen allen Bezirksvereinen laut Meldeliste rechtzeitig zu, um den Vertrieb baldigst durchzuführen. — Das technische Programm sieht von früh bis abend Spiele aller Klassen vor. Nähere Ausarbeitungen erfolgen rechtzeitig in der Presse. Also, Genossen, angekurbelt, gestaltet unser Fußballertreffen zu einer wuchtigen Veranstaltung!

Bezirksleitung: **Schönfeld, Fathke.**

Bezirksspartakiade am 27. und 28. Juni in Weißenfels

Alle Bezirksvereine aller Sparten muß die Parole sein: Am Sonnabend und Sonntag auf zur Bezirksspartakiade in Weißenfels.

Es muß ein Massenaufmarsch der roten Sportler mit allen proletarischen Organisationen werden! Zeigt dem Hauschild, Brösel und Konsorten, daß die roten Sportler weiter vorwärts marschieren, bis zur vollständigen Eroberung des gesamten Bezirks. Bundesvereine, laßt euch nicht abhalten, euere Solidarität mit den roten Sportlern zu bekunden. Gebt den Verrätern an der Arbeiterklasse, der SPD, den Fußtritt. Tretet ein in die Klassenfront! Setzt euch zur Wehr, gegen die Verbürgerlichung des Arbeitersports!

Deshalb der letzte Mann am Sonnabend und Sonntag nach Weißenfels.

Der Spartakiadeausschuß.

1. Stiftungsfest des ASV-Halle

Auf den neuen Plätzen am Gimmritzer Damm finden anläßlich des ersten Stiftungsfestes der Arbeiter-Spielvereinigung folgende Spiele statt:

16 Uhr Minerva 1—Cröllwitz 1

Ein Spiel von besonderem Format, das seine Anziehungskraft nicht verfehlen sollte.

14.30 Uhr ASV 1—Zorbau 1.
13.00 „ ASV 2—Zorbau 2.
12.00 „ ASV 3—Zorbau 3.

Sportfest in Priester

Sonnabend, den 27. Juni 1931,

18.00 Uhr	Krosigk 2—Nauendorf 2.
19.00 „	Krosigk 1—Nauendorf 1.
20.00 „	Fackelumzug, danach Kommers.

Sonntag, den 28. Juni 1931,

8.00 Uhr	Seeben 3—Krosigk 2 (Handball).
9.00 „	Wettin 3—Löbejün 3 (Fußball).
10.00 „	Minerva Jgd.—Löbejün Jgd. (Fußball).
11.00 „	Wettin 2—Priester 2 (Fußball).
12.30 „	Vorstandssitzung, 13 Uhr Umzug.
13.30 „	Löbejün 2—Brachstedt 2 (Fußball).
14.30 „	Krosigk 1—Seeben 2 (Handball).
15.30 „	Löbejün 1—Askania 1 (Fußball).
17.00 „	Priester 1—Wettin 1 (Fußball).

Sternlauf zur Spartakiade!

Von den zur Spartakiade zu veranstaltenden Sternläufen, welche schon in der Spartakiadezeitung propagiert wurden, durchgehen Lauf 1 und Lauf 2 unser Landesgebiet.

Lauf 1: Straßburg—Berlin von Nordhausen, Eisleben, Halle, Bitterfeld und Wittenberg gehend.

Lauf 2: Straßburg—Berlin, von [illegible] Halle, Bitterfeld und [illegible]. Wir haben als Landesgebiet mittags in [illegible], für die Weiterbeförderung der Stafetten zu garantieren. Den Bezirken gehen nach vorhergehender Sitzung das nötige Material zu. Die Vereine können sich schon jetzt darauf vorbereiten.

Landesleitung, Techniker-Obmann.

Zu Fuß nach Berlin

(RSI) Aus Liesing in Oesterreich erreicht uns die Meldung, daß fünf Arbeitersportler des dortigen Vereins sich bereits auf dem Wege nach Berlin zur Teilnahme an der Spartakiade befinden. Am 29. Mai fand in Liesing ein Abschiedsmeeting mit diesen Genossen statt, welche völlig im Zeichen: Für die Spartakiade der RSI — gegen die Wiener Olympiade des Sozialfaschismus! stand.

In Oslo (Norwegen) sind drei Mitglieder des Arbeitersportklubs „Sleipner", und zwar Harald Larsen, Willy Hansen und Arno Johansen gestartet. Sie sind arbeitslos und dadurch gezwungen, die Tour zu Fuß zu machen.

Sportfest des Männer-Turnvereins Eisdorf

Sonnabend, den 27. Juni

18.30 Uhr Eisdorf 2—Langenbogen 1 (Fußball).
Anschließend: Fackelzug.

Sonntag, den 28. Juni

6.00 Uhr	Wecken der Spielmannszüge.
9.00 „	Eisdorf 3—FSB 3 (Fußball).
10.30 „	Eisdorf 8—FSB 2 (Fußball).
12.30 „	Umzug.
13.00 „	Eisdorf Schüler—Reinsdorf Schüler (Handball).
13.40 „	Eisdorf 2—Reinsdorf 2 (Handball).
14.40 „	Eisdorf Sportlerinnen—(Gegner heute abend).
15.20 „	Eisdorf Alte Sportler—Reinsdorf Alte Sportler.
16.20 „	Eisdorf 1—Reinsdorf 1
17.20 „	Eisdorf 1—Brachwitz 1 (Fußball).

Es ist Pflicht, daß sich jede Mannschaft am Umzug beteiligt.

Der Vorstand: J. A.: Karl Bernstein.

Handballsparte

Die Disqualifikation von Reinsdorf und Gutenberg ist aufgehoben. Eisdorf hat für Reinsdorf die 5 M. Strafe hinterlegt. Die Spiele Nauendorf und Krosigk sowie Seeben finden in Priester statt. Dieses allen Vereinen zur Kenntnis.

Müller.

FSV Friedrichsschwerz. Unseren Sportgenossen zur Kenntnis, daß Sonnabend, den 27. Juni, 20 Uhr, unsere fällige Monatsversammlung stattfindet. Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Handball-Pflichtspiel. 16 Uhr Trotha 1—Wieskau 1. Völkner, Sennewitz.

Sportvereinigung Achilles von 1890 Halle. Alle Mitglieder treten heute abend auf dem Weingärtenplatz an und halten sich um 17.30 Uhr zum Abmarsch bereit. Nach der Demonstration 20.30 Uhr Versammlung beim Sportgenossen Hammer, Mansfelder Straße 43.

Achtung! Spartakiade-Sammelliste Nr. 09407. Obige Sammelliste mit dem Stempel vom Freien Sportverein Halle (e. V.) ist verloren gegangen. Bei Erfassung dieser Liste wird vor weiterer Einzeichnung gewarnt und ist sofort abzunehmen. Der evtl. Finder wird gebeten, sie bei der Landesleitung, Bergstr. 4, abzugeben. Lokal Föhse „Zur Quelle".

Cröllwitz zur Kenntnis, daß die Spiele in Nietleben wie folgt stattfinden: 16 Uhr Askania 3—Cröllwitz 3. 17.30 Uhr Askania 2—Cröllwitz 2.

Askania-Nietleben.

ASC Spielmannszug. Freitag, den 26. Juni, 17.15 Uhr, Antreten Wettiner Platz. Restloses Erscheinen erforderlich. J. A.: Kurt Punge.

Sportvereinigung „Achilles". Die 2. Mannschaft trifft sich am Sonntag, dem 28. Juni, Punkt 14 Uhr, auf dem Schwimmerplatz in folgender Aufstellung: Schulz, Peter, K., Peter, W., Rieth, Witteborn, Riemer, Feldmeier, Guth, Knittel, Zachäus, Ströber.

FTS zur Kenntnis, daß das Spiel am Sonntag, dem 28. Juni, 15 Uhr, auf dem Schwimmerplatz stattfindet.

Der „Klassenkampf" ist deine Zeitung!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310626-11/fragment/page=0009
DFG

HALLE

Freitag, den 26. Juni 1931.

Das Spartakiade-Verbot ist gefallen!

Heraus zur Kundgebung!

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski hat unter dem Massendruck der Werktätigen das Verbot der Spartakiade aufheben müssen. Doch sind noch eine Reihe von Einzelverboten aufrecht erhalten und neue Schikanen gegen die rote Sportbewegung ersonnen worden. So bleiben die Autofahrten nach Berlin verboten, so sollen die Redner, die während der Spartakiade sprechen sollen, ihre Manuskripte zur Vorzensur der Polizei vorlegen. Gegen diese und andere Verbote gilt es zu protestieren. Deshalb muß die heutige Protestkundgebung zu einem Massenaufmarsch gestaltet werden.

Alle roten Sportler müssen bis auf den letzten Mann aufmarschieren und den Massenwillen gegen diese Verbote und Schikanen zum Ausdruck bringen! Deshalb:

Heraus heute 18 Uhr auf dem Hallmarkt!

Es sprechen die Genossen Wilhelm Koenen und Otto Fleischer! Beachtet den gestern im „Klassenkampf" veröffentlichten Ausmarschplan!

Nazi-Jungarbeiter kommt zur roten Front

Erklärung

„Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der NSDAP, in der ich ein Jahr lang aktiv tätig war. Ich hielt die NSDAP für die einzige Partei in Deutschland, die die Befreiung der bedrückten Klasse herbeiführen könne. Bald sah ich aber, daß die Führer eine andere Politik treiben als wir als Arbeiter es wollen.

Die Partei, die vorgibt, das Bonzentum am schärfsten zu bekämpfen, birgt in sich Tausende von korrupten Bonzen, die nur das Interesse der Kapitalisten im Auge haben.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Antifa und somit zur roten Klassenfront mit dem festen Willen, mitzuarbeiten an der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joche der Kapitalisten.

Halle, den 25. Juni 1931.

H. K. (Unterschrift)."

Gustav Krone

Mittwoch, kurz nach 13 Uhr, starb der Genosse Gustav Krone, Böllberger Weg 11, ist an Luftröhrenkrebs gestorben. Schon seit vorigen Oktober war er infolge dieser Krankheit nicht mehr fähig, Parteiarbeit zu leisten. Der Genosse, der 69 Jahre alt war, ist schon von der USPD zur KPD übergetreten und war bisher aktives Mitglied. Der Termin der Beerdigung wird morgen bekanntgegeben.

In der Mitgliederversammlung der IAH am Dienstag, dem Monnett im „Gesellschaftshaus", verlor ein Mitglied ein Porte-[illegible] Der Genosse ist erwerbslos und

Gewöhnliches Notizbuch ohne Einfassung, Inhalt: das Porte-Mitgliedskarten des KJVD, 1 Brief, beschrieben mit verschiedenen Adressen, verloren. Abzugeben bei der Redaktion des „Klassenkampf".

Bei der „Arbeit" gestört. Am 24. Juni, gegen 4.15 Uhr, war ein 22jähriger Handlungsgehilfe in der Enthstraße durch ein offenstehendes Balkonfenster in einer Wohnung eingestiegen. Er wurde von dem Wohnungsinhaber beim Diebstahl gestört und flüchtete. Der Täter, der von Bewohnern und einem Streifenbeamten verfolgt wurde, ist festgenommen worden.

Wohnungseinbruch. In der Zeit vom 21. bis 24. Juni wurde in der Thomasiusstraße in einer Wohnung eingebrochen. Sämtliche Kästen und Schränke sind durchwühlt worden. Die Täter, die anscheinend durch ein Fenster eingestiegen sind, haben zwei neue Damenkleider und einen Kasten silberne Löffel gestohlen. Ermittlungen sind sofort aufgenommen. — Am 24. Juni, gegen 2 Uhr, versuchten einige unbekannte Täter einen Einbruch in ein Lebensmittelgeschäft in der Friedrich-Ebert-Straße. Die Täter haben mit einem Baumstamm das Gitter ausgehoben und die obere Fensterscheibe eingedrückt. Gestohlen wurde nichts, weil sie gestört worden sind.

Klassengericht schützt den Klassenrichter

Der republikanische Oberstaatsanwalt Luther stellt sich schützend vor den deutschnationalen Landgerichtsdirektor Bühnemann und beantragt gegen den „Klassenkampf" 700 Mark Geldstrafe

„Ist dem Angeklagten vielleicht bekannt, daß der oberste Staatsanwalt in der Sowjetunion, Krylenko, unlängst erklärt hat, daß in Rußland ein Klassengericht besteht und die russischen Richter Klassenrichter sind?"

Diese Frage richtete gestern der Oberstaatsanwalt Luther vor dem Großen Schöffengericht in Halle an den angeklagten Genossen Bruno Rothe. Genosse Rothe antwortete auf die ziemlich naive Frage des Herrn Luther: „Jawohl, in der Sowjetunion herrscht ein Klassengericht und die Richter sind ausgesprochne Klassenrichter." Herrn Luther will es nämlich nicht in den Kopf, daß die Kommunisten im kapitalistischen Deutschland von einer Klassenjustiz sprechen und gegen diese kämpfen, während sie in der Sowjetunion das Klassengericht anerkennen und befürworten. Klassengericht in Deutschland und Klassengericht in der Sowjetunion. Dasselbe und doch nicht dasselbe. Was ist der Unterschied?

In Deutschland herrscht die kapitalistische Klasse als Minderheit über die Arbeiterklasse als Mehrheit. Der Klassenstaat in Deutschland regiert mit Hilfe seiner Machtorgane, der Klassenjustiz, Polizei usw. gegen die Mehrheit, gegen die breiten Massen des werktätigen Volkes. Das Ziel der kapitalistischen Klasse ist die Erhaltung und Verteidigung der kapitalistischen Ausbeutung, die über Millionen Hunger und Elend hereinbringt. Die Klassenjustiz als Werkzeug der herrschenden kapitalistischen Klasse verurteilt revolutionäre Arbeiter, die gegen das kapitalistische Hungersystem ankämpfen.

In der Sowjetunion herrscht die Klasse der Arbeiter und Bauern als Mehrheit über die Feinde des Sozialismus, die Kapitalisten, Kulaken und Ueberreste der zaristischen Bourgeoisie als Minderheit. Das Ziel der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion ist die Beseitigung der Klassengesellschaft, der Aufbau des Sozialismus, der allen Menschen Freiheit und Brot garantiert. Das Klassengericht der Sowjetunion als Werkzeug der die Macht ausübenden Arbeiter und Bauernmassen verurteilt alle Schädlinge, Saboteure und Feinde des Sowjetstaates, die den Vormarsch des Sozialismus zu hemmen versuchen.

Ob Herr Luther das jemals begreifen wird, wissen wir nicht, ist auch nicht von besonderer Wichtigkeit. Aber die Tatsache, daß Luther gestern die Klassenjustiz in Deutschland dem Klassengericht in der Sowjetunion gegenüberstellte, ist von erheblicher Bedeutung. Damit hatte Herr Luther nämlich den Kern der sich gestern auf dem Schöffengericht abspielenden siebenstündigen Gerichtsverhandlung berührt.

*

Der große Verhandlungssaal des Schöffengerichts in der Kleinen Steinstraße bot gestern ein ungewöhnliches Bild: Auf der Anklagebank saß der verantwortliche Redakteur des „Klassenkampf", Genosse Rothe, und der verantwortliche Redakteur des „Volksblatt", Gottlieb Kasparek. Beide waren wegen Beleidigung des in Halle hinreichend bekannten Landgerichtsdirektors Bühnemann angeklagt. Bühnemann ist Vorsitzender der 1. Strafkammer in Halle. Im März dieses Jahres veröffentlichte der „Klassenkampf" einen Artikel unter der Ueberschrift:

„Der Richter mit dem Hakenkreuz unter der Robe."

In diesem Artikel wird Bühnemann anläßlich der Freisprechung des damaligen Nazi-Schlägers Jähnert als „Hakenkreuzrichter reinsten Wassers" bezeichnet und das freisprechende Urteil als „ungeheuerlicher Justizskandal" hingestellt. Jähnert war bekanntlich einige Wochen vorher wegen Beteiligung an dem Ueberfall auf den Reichsbannermann Gebhardt zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Tatsache, daß die Bühnemann-Kammer Jähnert, der damals noch Mitglied der NSDAP war, freisprach, rief unter der werktätigen Bevölkerung ungeheure Empörung hervor. Selbst das „Volksblatt" sah sich gezwungen, angesichts dieser ungeheuerlichen Tatsachen einen Artikel unter der Ueberschrift zu veröffentlichen: „Neue Glanzleistung der Hallischen Hakenkreuzjustiz". In diesem Artikel hieß es noch: „Dieser Landgerichtsdirektor Bühnemann ist ein Parteirichter".

Das veranlaßte den Herrn Bühnemann, wegen Beleidigung und des Vorwurfs, er mißbrauche sein Richteramt und beuge das Recht, Anklage gegen den „Klassenkampf" und das „Volksblatt" zu erheben. Den Vorsitz der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Rummler. Die Anklage vertrat — ging es hier doch um das Prestige der Hallischen Justiz — Herr Oberstaatsanwalt Luther selbst. Herr Landgerichtsdirektor Bühnemann fungierte in höchsteigener Person (und im Bratenrock) als Nebenkläger. Gottlieb Kasparek hatte sich als Verteidiger den Magdeburger (!) Rechtsanwalt Dr. Braun mitgebracht.

In der Verhandlung wurde darauf hingewiesen, daß die Bühnemann-Kammer sich besonders durch milde Urteile und Freisprüche gegenüber Nationalisten und Faschisten auszeichnet. Es wurde an den Leuchtturm-Prozeß erinnert, bei dem die Bühnemann-Kammer die Stahlhelm-Rowdys Selle und Konsorten zu lächerlich geringen Strafen verurteilte und zum größten Teil laufen ließ. Der skandalöse Ausgang des Duesterberg-Prozesses kam noch einmal zur Sprache. Immer brachte das Gericht weitgehendstes Verständnis für die Handlungen der Stahlhelmer auf, immer fehlten noch „einige Prozentchen" an dem Schuldbeweis, wie z. B. auch im Falle Jähnert. Genosse Rothe verwies auf den Fall des Jugendgenossen Strohbach, der wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz vom Schöffengericht zu 70 Mark Geldstrafe, aber in der 2. Instanz von der Bühnemann-Kammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Diese Praxis der Bühnemann-Kammer, von der sogar die auswärtige Presse, wie der „Montag Morgen", behauptete, daß sie politischen Demonstrationen verdammt ähnlich sieht, hat zu den Presseangriffen gegen Bühnemann geführt. Die werktätige Bevölkerung empörte sich mit Recht über die fortgesetzten Freisprechungen von Nationalfaschisten und faßte die Praxis dieser Strafkammer als eine Provokation auf. „Die Vertrauenskrise der Justiz besteht fort". Die Justizskandale häufen sich. Das bürgerliche Klassengericht enthüllt sich immer mehr als Werkzeug der faschistischen Diktatur. Wenn das „Volksblatt" schrieb, daß das Vorgehen der Hallischen [illegible] sei, so ist das Recht richtig.

Die heutige Praxis der Justiz entspricht voll und ganz dem Wesen des Staates.

Der kapitalistische Staat wendet immer faschistischere Methoden an. Die Faschisierung der Klassenjustiz tritt deutlicher denn je in Erscheinung! In diesem Sinne waren die Ausführungen des Genossen Rothe gehalten.

In seinem Plaidoyer — das sehr gedrückt herauskam — konnte es sich Herr Luther nicht verkneifen, seinen Haß gegen den „Klassenkampf" zu zeigen. Im übrigen machte er es sich recht bequem. Frau Justitia ist bei ihm die unbescholtenste Persönlichkeit. Sie ist immer objektiv — urteilt immer nur nach „Gesetz und Recht". Herr Luther kann das wohl sagen — aber glauben wird ihm das niemand, der die reaktionäre und faschistenfreundliche Praxis der deutschen Klassenjustiz kennt.

Luther beantragte, den Genossen Rothe zu 700 Mark und Kasparek zu 500 Mark Geldstrafe zu verurteilen.

Schließlich kam auch der „beleidigte" Richter, Herr Bühnemann, zum Wort. Er redete sehr lange, wiederholte sich oft und konnte sich über die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen nicht genug entrüsten. „Es ist doch ganz ausgeschlossen, daß ich aus politischen Gründen jemand freisprechen könnte", meinte er. Bühnemann besaß außerdem die Freundlichkeit mitzuteilen, daß er Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist. Na also — da ist er ja als Kampfgenosse Hugenbergs gar nicht so weit von Hitler entfernt! Außerdem wird durch diese Tatsache so manches verständlich...

Alle Beweisanträge, die der Verteidiger Kasparek stellte, wurden vom Gericht abgelehnt. So erfuhr man leider nichts über die Stammtischreden des Herrn Bühnemann im „Löwen-Bräu". Man erfuhr leider nicht, warum die Hallische Bevölkerung so „ekelhaft" sein soll. Darüber brauchte sich also Bühnemann nicht weiter auszulassen. Daß er den „Klassenkampf" gar nicht leiden mag, haben wir uns als besondere Ehre angerechnet.

Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Die Angeklagten Rothe und Kasparek werden zu je 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Daß der „Klassenkampf" verdonnert wurde, war nicht anders zu erwarten. Das Urteil ist aber für das sozialdemokratische „Volksblatt" eine schallende Ohrfeige. Kasparek wollte mit kühnem Schwunge eine Attacke gegen die „Hakenkreuzjustiz" in Preußen reiten. Der — republikanische Oberstaatsanwalt Luther breitete aber über den deutschnationalen Landgerichtsdirektor Bühnemann schützend seine Fittiche aus. Bühnemann genießt das vollste Vertrauen der Justiz. Anders konnte es nicht kommen. Auch unter Richtern und Staatsanwälten gibt es so was wie eine Solidarität. Bühnemann ist somit als Richter im Preußen der Sozialdemokraten Severing und Braun rehabilitiert.

Die Meinung der werktätigen Bevölkerung über den Charakter der Klassenjustiz in der deutschen Republik bleibt aber bestehen!

„Mitteldeutsches Echo" heute neu

Die neueste Nummer des „Mitteldeutschen Echo" bringt: Ist Hitler homosexuell? — Wollen Sie in Floh wohnen? — Knauthe. — Moskauer Rückschau. — Notschrei eines Hallischen Junglehrers. — Die blauen Türme wackeln. — Entlarvung des Paters Muckermann. — Ein Fürsorgezögling berichtet.

Jungarbeiter, Jungangestellte, Arbeiter!

Heraus zur

Internationalen Kundgebung

heute Freitag, 26. Juni, abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus" Leipziger Straße

„Flammenzeichen über Spanien!"

Es spricht: Fernando Gomez, Madrid

Außerdem spricht der ehemalige SAJ-Funktionär

Otto Sauer, Theißen

Eintritt: 25 Pfennige, Erwerbslose 10 Pfennige

KJVD Halle / KPD Halle

Die AKV-Belegschaft räumt mit Renegaten auf

Ueberwältigender RGO-Sieg bei der Betriebsrätewahl — Wutgeheul der Sozialfaschisten und Renegaten

Zu der am 22. und 23. Juni stattgefundenen Betriebsratswahl des AKV hatten die Renegaten eine „freigewerkschaftliche Liste" eingereicht in der Erwartung, im Betrieb die Mehrheit „erobern" zu können, um ihre verbrecherische Politik gegen den roten Konsum weiterführen zu können. Sie hatten nicht erwartet, daß die Belegschaft ihnen eine solch vernichtende Niederlage beibringen würde. Diese Leutchen glaubten, daß die Belegschaftsmitglieder auf Grund der Belastung, die sie im Interesse ihres Konsumvereins auf sich genommen haben, auf die Sirenengesänge der Renegaten hören würden. Da hatten sie sich, wie schon oft, auch diesmal wieder geirrt. Die Gemeinheiten des ehemaligen, in seiner Mehrheit aus Renegaten zusammengesetzten Betriebsrates haben den Kollegen und Kolleginnen die Augen geöffnet. Durch die Schädlingsarbeit der Bowitzki, Hammer, Wiesner und Konsorten wurde der AKV in große Schwierigkeiten gebracht. Um viele Zehntausende von Mark hat die Bowitzki-Clique den Konsumverein geschädigt. Es ist klar: mit dem Weiterbestehen des AKV ist auch der Bestand der Belegschaft gesichert.

Die Renegaten aber wollen ja gerade die vollständige Liquidierung des AKV und damit die Brotlosmachung der Arbeiter und Angestellten.

In ihrem Dreckblättchen, der „Konsumfunzel", biederten sich die Renegaten bei der Belegschaft an. Die groß angekündigte „Flamme", die noch in den Köpfen der Bowitzki und Hammer spukt, hat die Betriebsbelegschaft zum Fünkchen gemacht, das in Kürze bald ganz ausgetreten werden wird. Die Belegschaft hat den Bowitzki-Leuten in richtiger Weise geantwortet. Von den 132 Angestellten, die zur Wahl gegangen sind, haben ganze 15 Mann für Bowitzki gestimmt und 118 für die Liste der RGO. Die gleiche Ohrfeige erteilten ihnen auch die Konsum-Arbeiter. Von den 65 Stimmen erhielt die RGO 54 und die Renegaten nur 8. Drei Stimmen waren ungültig. Somit sind diese Schmutzfinken so gut wie erledigt. Ihre Zerstörungsarbeit hat gerade das Gegenteil bewirkt. Im großen Bogen sind sie aus dem Betriebsrat hinausgeflogen. Nicht einen Sitz haben sie im Arbeiter- und Angestelltenrat und sind somit auch nicht im Betriebsrat vertreten.

Die Bedeutung des Sieges der RGO im AKV ist um so größer, als die für die Renegaten abgegebenen Stimmen nur die Stimmen der Kandidaten und die der Listenunterzeichner sind. Kein Konsumproleт hat demnach diesen Bankrotteuren seine Stimme gegeben.

Das glänzende Ergebnis der RGO bei der Betriebsrätewahl im AKV ist den Sozialdemokraten natürlich in die Knochen gefahren. Das „Volksblatt" kann gar nicht genug die „Lauterkeit und Reinheit" der Renegaten herausstreichen. Hatten sie sich doch durch ihre jahrelange Betriebstätigkeit an die für sie sehr angenehme Arbeit so gut gewöhnt, daß sie gar nicht mehr daran dachten, das warme Plätzchen zu verlassen. Als vor Wochen ein Teil der Betriebsräte durch Rücktritt die Beschlußunfähigkeit des Betriebsrats herbeiführte, dachten die Renegaten gar nicht daran, von sich aus einen Wahlvorstand zu bestellen und eine Neuwahl auszuschreiben. Erst auf das Drängen der Belegschaft mußte die Verwaltung von sich aus einen Wahlvorstand bestellen, worauf dann erst die Neuwahl ausgeschrieben wurde. Das „Volksblatt" sucht verzweifelt nach „Argumenten", die ihm nicht einmal mehr das Korrespondenzbüro der Bowitzki-Clique liefern kann. Das SPD-Blättchen möchte dem Wahlvorstand und auch der Verwaltung allzugern irgendwelche „Schiebereien" usw. nachweisen können. Es ist nicht immer richtig, wenn man von sich aus auf andere schließt.

Die Wahl ging völlig korrekt und in aller Oeffentlichkeit vor sich.

Das „Volksblatt" behauptet, es sei ein freigewerkschaftliches Belegschaftsmitglied noch zum Beisitzer bestimmt worden. Das ist ein Schwindel. Ein freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter erhielt lediglich das Recht, sich während der ganzen Wahlhandlung im Wahlraum aufzuhalten. Er war auch dabei, wie am ersten Tage die Wahlurne ordnungsgemäß versiegelt wurde. Weder der Genosse Behlitz noch jemand anders hat den Wahlvorstand gehindert, die Wahlurnen ordnungsgemäß zu versiegeln. Im Wahlausschreiben war ebenfalls klar ersichtlich, bis zu welcher Zeit und wo die Wählerlisten ausgelegt werden. Hammer hat ja sonst immer gewußt, wo er für seine Nichtbeschäftigung das Gehalt abzuholen hat. Es wäre einmal zu begrüßen, wenn die Renegaten ihre unwahren Behauptungen vor der Belegschaft verantworten würden. Diese würde ihnen ebensowenig die Antwort schuldig bleiben, wie sie ihnen die Antwort auch bei der Wahl zu dem Betriebsrat nicht schuldig geblieben ist!

Der Geschäftsmann Otto Sennewald und Frau, Merseburger Straße 35, feierten am 20. Juni 1931 ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum. Er war früher Leser des „Volksblattes" und seit Gründung (10 Jahre) Leser des „Klassenkampf".

Stadttheater. Am Sonntag geht zum ersten Male Friedrich von Flotows Oper „Martha" oder „Der Markt zu Richmond" unter der musikalischen Leitung von Hanns Epstein und der Spielleitung von August Roesler in Szene. Es wirken mit die Damen: Elfriede Draeger, Martha Haupt, Fanny Koßlin, Frieda Schmelzer und Martha Seeliger, ferner die Herren: Ferdinand Frank, Erich Heimbach, Günter Holstein und Willy Wilfried. Bühnenbild: Heinz Behrens.

Wie wird das Wetter?

Sonnabend. Bei ansteigender Temperatur vorwiegend heiteres Wetter.

Hosenträger billigst Gummi-Bieder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310626-11/fragment/page=0010